Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 569. Mittag-Ausgabe. Dreiundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 4. December 1872.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

12. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (3. Decbr.)

11 Uhr. Am Ministertisch Graf Itzenplitz und Camphausen mit mehreren Commissarien.

Den Vorsitz führt Vicepräsident v. Köller, da der erste Präsident des Hauses, Herr v. Forckenbeck, wegen dringender Amtsgeschäfte sich für heute und morgen beurlaubt hat. Von dem Minister v. Selchow ist der Entwurf eines Fischereigesetzes für den preußischen Staat an das Präsidium des Hauses gelangt. Die Commission für den Gesetzentwurf betreffend die Erbschaftssteuer ist gewählt und hat sich constituirt: Dr. Bähr (Vorsitzender), Larz (Stellvertreter), v. Bismarck (Flatow) und Wachler (Oels), Schriftführer. Ihr Mandat haben niedergelegt die Abgeordneten Weyers (3. Aachener) und v. Wedell-Menzlin (2. Stralsunder Wahlbezirk).

Zur ersten Berathung des Staatshaushaltes für 1873 melden sich 13 Redner zum Wort, 9 für, 4 gegen die Vorlage. Die letzteren 4 sind Richter (Hagen), Lasker, Löwe und Virchow.

Abg. Richter (Hagen): Zunächst beantrage ich im Auftrage meiner politischen Freunde den Etat des Hauses der Abgeordneten nicht der Budget-Commission, sondern dem Vorstande des Hauses zur Vorberathung zu überweisen, der uns als die geborene Commission zur Vorprüfung dieses Etats erscheint. Zugleich möge er prüfen, ob und in wie weit die Diäten für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses noch den jetzigen Preisverhältnissen entsprechen. Was die Finanzvorlagen betrifft, so muß es befremden, daß sich in ihnen keine Hindeutung auf den Antheil findet, welchen Preußen im nächsten Jahre an den französischen Milliarden zu erwarten hat. Freilich werden die bis jetzt eingezahlten 2½ Milliarden für Reichszwecke vollständig verbraucht; aber die sechste halbe Milliarde ist doch schon im Februar 1873 fällig und nach den Erklärungen des Herrn Thiers soll sogar die 4. Milliarde nicht erst 1874, in welchem Jahre sie fällig ist, sondern bereits im nächsten Jahre eingezahlt werden. Da sich nun das Reich weitere Dispositionen über die letzten 1½ Milliarden der Kriegsentschädigung vorbehalten hat, so werden unzweifelhaft im nächsten Jahre Theile derselben zur Vertheilung auf die einzelnen norddeutschen Staaten gelangen. Um den Antheil Preußens zu ermessen, muß man sich vergegenwärtigen, daß von ½ Milliarde Francs immer mindestens 80 Millionen Thaler auf Preußen fallen würden. Nun mag immerhin der Herr Finanzminister über die definitive Verwendung dieses Antheils erst dann Beschluß fassen lassen, wenn die Milliarden wirklich eingegangen sind.

Es handelt sich aber auch bis dahin um die zeitweilige Verwerthung des Antheils für die preußische Staatskasse. Der Minister kann freilich entgegnen: „das ist sehr einfach, dann mache ich keinen Gebrauch von der Erlaubniß Schatzanweisungen auszugeben, von den etwa 40 Millionen Eisenbahncrediten, über die ich noch verfüge; ich schiebe auch die Benutzung anderer Credite hinaus, die noch in dieser Session vom Hause zu verlangen ich mir vorbehalte." Man spricht ja davon, daß noch Eisenbahncredite im Betrage von 120 Millionen vom Hause verlangt werden sollen. Das Handelsministerium pflegt mit seinen Eisenbahnvorlagen der Etatsvorlage immer nachzuhinken. Wir müssen aber großen Werth darauf legen, daß alle Ansprüche an die Finanzen und den Credit des Staates gleichzeitig mit dem Etat bei uns angemeldet werden. In dieser Weise wird nun durch Hinausschiebung der Benutzung von Crediten der preußische Antheil an den Milliarden Verwendung finden, aber jenes Creditbedürfniß und das Eingehen dieses Antheils werden sich nicht immer der Zeit nach vollständig decken und die Staatskasse wird zu Zeiten über zahlreiche überflüssige Millionen verfügen. Allerdings hat der Herr Minister bisher von den ihm gewährten Crediten einen sehr sparsamen Gebrauch gemacht und zeitweilig in der Staatskasse angehäufte Bestände möglichst nutzbar zu verwenden sich bemüht. Die Ausführung des Gesetzes wegen Auflösung des Staatsschatzes beweist dies. Nach dem betreffenden Rechenschaftsbericht liegen über 11 Millionen Staatsgelder noch bei der Seehandlung und werden zu Lombard-Darlehnen verwendet, eine Verwendung, die ohne Ermächtigung der Landesvertretung, mag sie auch noch so allgemein sein, formell nicht geschehen kann; diese Ermächtigung müßte unmittelbar im Etatsgesetz gegeben werden.

Wir Alle, namentlich die zugleich Mitglieder des Reichstages sind, haben persönlich das stärkste Interesse daran, die Competenzen des Reichstages und des Landtages auseinander zu halten. Indessen giebt es hier einige Fragen, bei denen ein besonderes preußisches Interesse zur Geltung kommt. Nun ist der Reichstag nicht gerade das geeignete Forum, die besonderen Interessen der einzelnen Staaten geltend zu machen, der Schwerpunkt solcher Interessen wird immer im Bundesrath liegen. Darum müssen die Landtage der einzelnen Staaten suchen, auf die Entschließungen des Bundesraths dadurch Einfluß zu gewinnen, daß sie ihrem verantwortlichen Minister gegenüber die besonderen Interessen des einzelnen Staates zur Geltung bringen. Dabei mache ich auf die Vertheilung der französischen Milliarden unter die einzelnen norddeutschen Staaten aufmerksam. Der Maßstab ist bekanntlich durch Reichsgesetz festgestellt. Zu ¾ richtet sich die Vertheilung nach der Contingentsstärke, zu ¼ nach der Bevölkerungsziffer. Ich halte nun diesen Maßstab nicht für gerecht, würde mich aber doch zufrieden geben, wenn er auch wirklich Platz griffe. Ich glaube indessen, daß von einzelnen norddeutschen Staaten Bestrebungen ausgehen, bei der Vertheilung des norddeutschen Antheils unter die einzelnen Staaten einen für sie günstigeren und für Preußen ungünstigeren Maßstab zu Grunde zu legen und zwar dadurch, daß nur die Bevölkerungsziffer maßgebend sein solle. Dies wäre jedenfalls sehr ungerecht. Wenn es Preußen möglich gewesen ist, in dem letzten Kriege mit einem großen Contingent aufzutreten, so war dies nur möglich, weil die Aushebungen hier stärker waren, als in den anderen Staaten; diese stärkere Friedenspräsenz hat aber für uns größere finanzielle Opfer zur Folge gehabt, weshalb es durchaus billig, wenn auch bei der Vertheilung der Kriegsentschädigung hierauf Rücksicht genommen wird. Wir sind in Preußen daran gewöhnt, im Interesse der deutschen Einheit große finanzielle Opfer zu bringen, indessen darf man die Bescheidenheit nicht zu weit treiben.

Wie erheblich es ist, ob man die Bevölkerungsziffer oder die Contingentstärke zu Grunde legt, geht daraus hervor, daß Sachsen nach der Bevölkerungsziffer mit 8 Procent theilnehmen würde, nach seiner Contingentstärke nur mit 6 Procent; Mecklenburg nach der Bevölkerung mit 2⅖ Procent, nach dem Contingent nur mit 1⅕ Procent. Aber jedes Procent von 100 Millionen macht eine ganze Million Thaler. Wir haben außerdem ein besonderes Interesse daran, daß im Zusammenhange mit der Vertheilung der Milliarden auch die Frage des Staatspapiergeldes geregelt wird. Wir Preußen haben in Norddeutschland das wenigste Papiergeld, kaum 20 oder 25 Sgr. pro Kopf der Bevölkerung, während für die thüringischen Staaten diese Ziffer den Satz von 4 Thalern, für Sachsen von 5 Thalern beträgt. Bei diesem Unterschiede in der Vertheilung des Papiergeldes ist nicht zu erwarten, daß die einzelnen norddeutschen Staaten freiwillig und aus eignen Mitteln ihr Papiergeld einlösen werden, und doch muß wegen Einführung der Goldwährung es dazu kommen. Sollte bei der Kriegsentschädigungs-Vertheilung nicht bestimmt werden, daß die einzelnen Staaten nach der auf sie fallenden Quote ihr Papiergeld einlösen müßten? Löste man das Papiergeld aus der Vertheilungsmasse vorweg ein, so erhielte die übermäßige Ausgabe desselben noch nachträglich eine Prämie.

Im Zusammenhange damit muß dann auch die Lotteriefrage erledigt werden. Es ist politische Anstandspflicht der deutschen Finanzminister, bei der jetzigen günstigen Finanzlage die Staatslotterien zu beseitigen. Die Concessionen der öffentlichen Spielbanken und der Frankfurter Lotterie sind theils abgelaufen, theils dem Erlöschen nahe; heute wenn je, ist die Gelegenheit da, der preußischen Lotterie ein Ende zu machen.

Vor jeder Geldvertheilung unter die norddeutschen Staaten aber müssen gerade wir Preußen auf vollen Ersatz der Kriegsleistungen dringen. Ich meine damit die Leistungen der Gemeinden, Kreise und andere politischen Verbände. Es ist ungeheuerlich, daß z. B., während wir in Geldüberfluß zu schwimmen scheinen, in der Rheinprovinz zur Rückerstattung der Kriegsleistungen ein Zuschlag von 10 Procent auf die directen Staatssteuern in Aussicht genommen ist. (Hört! Hört! links.) Diese Provinz hat etwa vier Millionen an Kriegsleistungen verausgabt, und nur 2 davon hat ihr der Staat vergütigt, die anderen 2 sind Gemeinden zur Last gefallen. Meines Erachtens müßte hier aus den bereitesten Mitteln der preußischen Staatskasse Ersatz geleistet werden, natürlich vorbehaltlich der Regreßansprüche an das Reich. Es scheint aber überhaupt, daß die mit dem Ersatz der Kriegsleistungen zusammenhängenden Fragen vom Ministerium des Innern nicht mit verdienter Wärme behandelt wird. In der letzten Reichstagssession kamen Beschwerden der Art aus Saarbrücken vor. Die dortigen Bewohner beklagten sich über Flurbeschädigungen bei Gelegenheit des Sturmes auf die Spicherer Berge. Sie bemerkten mit Bitterkeit, daß für gleiche Schäden den Landleuten drüben in Elsaß-Lothringen längst Vergütigungen gewährt worden seien, welche die Altpreußen nicht erhalten könnten. In der That sind auf den besonderen elsaß-lothringischen Etat in diesem Jahre 1 Million Francs ausgesetzt zur Vergütung für solche Schäden, welche das Reichsgesetz nicht vergütet. Die Erhebungen des Ministers des Innern über den Umfang der Kriegsleistungen auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1851 werden jetzt ihren Umfang übersehen lassen. Wie lange hat es gedauert, bis die Landwehr-Unterstützungsgelder zurückgezahlt wurden, so daß selbst vielen Conservativen die Geduld ausging! Als sie nun gezahlt waren, was geschah da? In vielen Kreisen bauten damit die Rittergutsbesitzer auf den Kreistagen ihren Freunden und Vettern, den Herren Landräthen neue schöne Dienstwohnungen, sogenannte kreisständische Häuser.

In andern Kreisen sind die Unterstützungsgelder wirklich zurückgezahlt, aber mitten in der Zahlung erschien ein Rescript des Ministers des Innern, daß auf Grund der Kreisordnung solche Rückzahlungen nicht statthaft und diese Gelder als Kreisvermögen zu verwenden seien. In Folge dessen mußten bereits vertheilte Unterstützungsgelder wieder eingezogen werden. In den Intentionen des Reichsgesetzes lag es jedenfalls, daß die Gelder an die Stellen zurückfließen sollten, aus denen sie gekommen waren. Wir aber können uns mit der Rückzahlung, wie sie bis jetzt stattgefunden, nicht begnügen, sondern müssen verlangen, daß die Landwehr-Unterstützungsgelder ganz und voll zur Rückzahlung gelangen, und in dem Gesetz Vorsorge treffen, daß aus der bestehenden Kreisordnung Verfügungen nicht wieder abgeleitet werden, welche den Zweck der Rückzahlungen neutralisiren.

In der Aufstellung der Etats hat sich der Finanzminister ehrlich bemüht, die Bestimmung des Ober-Rechnungskammer-Gesetzes über die Theilung der Titel durchzuführen. Daß aber diese Intentionen ebenso in allen Ressorts befolgt wären, kann ich nicht behaupten. Der Etat des Cultusministeriums ist lange noch nicht durchsichtig genug. Allerdings ist dieser Etat der schwierigste. Man hat hier die bessernde Hand angelegt und der Etat der Medicinalverwaltung giebt zu wenig Bedenken Anlaß: dagegen ist der für das Kirchenwesen so dunkel wie bisher. Man hat weder die eigentlichen Bedürfnißzuschüsse geschieden von denen, die auf Grund besonderer rechtlicher Verpflichtung zu leisten sind, noch hat man die letzteren nach den verschiedenen Rechtstiteln gesondert. Selbst die Specialisirung der Ausgaben für die katholischen Bisthümer, die wiederholt angekündigt war, ist in kaum nennenswerther Weise vollzogen worden. Wenigstens hätte man die Abschnitte für Unterricht und Cultus trennen sollen. Dies ist nicht geschehen, obwohl man einzelne Positionen dieser Etats noch zu erhöhen beabsichtigt. So wird z. B. der Etat zur Unterstützung bedürftiger Geistlicher und Lehrer um 50,000 Thlr. in diesem Jahre erhöht.

Da für die Unterstützung der Lehrer auch in anderen Etats-Abschnitten gesorgt ist, so scheint es, daß es sich hier wesentlich darum handelt, für den Unterstützungsfond für Geistliche, und zwar nach der Natur dieses Fonds für evangelische Geistliche, eine Erhöhung zu erhalten. Man scheint den Lehrer dem Geistlichen nur in den Arm gehängt zu haben, damit der Geistliche desto unbeanstandeter dieses Haus passire. (Heiterkeit.) Ebenso ist in diesem Jahre der Fond zur Unterstützung von Prediger- und Lehrerwittwen um 22,000 Thlr. erhöht, aber die vom Hause beschlossene und in früheren Etats befolgte Trennung dieser beiden Kategorien ist verwischt, so daß der Minister den ganzen Fond für Predigerwittwen verwenden kann und dadurch die Dotation der evangelischen Kirche erhöht wird. Wollen wir überhaupt Humanitätsrücksichten gelten lassen, so solten wir einen besonderen Fond für solche Geistliche stiften, die in ihrem Vermögen Schaden gelitten haben, weil sie sich nicht entschließen konnten, nach dem Concil einen anderen Glauben anzunehmen, als vorher (Heiterkeit). Aber in Bezug auf die Dotation von Kirchen haben wir uns lediglich auf den strengen Rechtspunkt zu stellen. Eine Verpflichtung zur Erhöhung der Dotation der evangelischen Kirche ist nicht nachweisbar. Eine solche Erhöhung wäre auch höchst unpolitisch. Die Staatsregierung hat jetzt endlich die richtige Taktik angenommen vor einer Reform der Provinzial- und Kreisorgane, den vorhandenen Organen keine neuen Fonds zuzuführen, weil sie sonst die Widerstandskräfte gegen die Reform unterstützen würde. Dieselbe Taktik ist auch der evangelischen Kirche gegenüber richtig, und der Widerstand gegen ihre Reform von derselben Stärke, wie der gegen die der Kreis- und Provinzial-Ordnung. Wäre es zur Zeit der Landraths-Kammer nicht gelungen, die Dotation der evangelischen Kirche zu erhöhen, so hätte sich wahrscheinlich der verfassungswidrige Zustand, in dem sie sich befindet, nicht bis heute aufrecht erhalten lassen.

Im Etat des Ministeriums des Innern sind die Punkte, die dunkel waren, auch dunkel geblieben. Man hat nebenbei die Gelegenheit für günstig erachtet, alle Ausgaben für die Polizei-Verwaltung in den Provinzen in einen einzigen Ttiel zusammen zu werfen während sonst über die königliche Polizei-Verwaltung jeder einzelnen Stadt besonders discutirt und abgestimmt wurde. Wir haben es uns dabei mitunter nicht nehmen lassen, einen einzelnen Polizeipräsidenten z. B. den von Magdeburg auf den Aussterbe-Etat zu setzen. Das scheint der Herr Minister des Innern unbequem zu finden und wirft daher alle Titel der Polizei-Verwaltung in einen zusammen. Das werden wir uns natürlich nicht gefallen lassen (Heiterkeit), sondern den Specialetat, wie bisher wieder herstellen.

Was ist über den landwirthschaftlichen Etat viel zu sagen? Er war schon bisher confus und ist jetzt noch confuser. Möge man mir den landwirthschaftlichen Ausdruck verzeihen, aber in diesem Etat steht alles wie Kraut und Rüben durcheinander: Dispositionsfonds und Unterrichtsfonds, Fonds für die einzelnen Akademien und Lehranstalten, Meliorationen, Fische und Pferde. Diese Anschauung von der Confusion des landwirthschaftlichen Etats ist keine subjective. Ein Exemplar dieses Etats, welches ich dieser Tage in den Händen eines conservativen, der Landwirthschaft kundigen Abgeordneten sah, hatte eben so viele Fragezeichen wie das meinige. Wenn der Minister eines so kleinen Ressorts nicht einmal einen klaren Etat aufstellen kann, so möchten die 12,000 Thlr. Gehalt für ihn kaum verantwortet werden können Vielleicht ist der Herr Finanzminister so freundlich, seinem Collegen etwas schärfer als bisher das Concept zu corrigiren.

Was die materielle Seite des Etats betrifft, so ist allerdings die Regierung den Wünschen des Hauses auf Beschränkung unzeitgemäßer Staatsindustrie entgegengekommen. Die vielbesprochene Erdmannsdorfer Spinnerei ist endlich verkauft, wenn bei dem Geschäft auch leider die Gründer nicht ferngehalten sind. Im Departement „Berg- und Hüttenwerke" sind größere Werke zum Verkauf ausgesetzt. Zu den früheren Gründen für Veräußerung des Staatsbesitzes kommen aber gegenwärtig noch neue. Die Auswanderung ländlicher Arbeiter aus Preußen, Pommern und Posen wird nicht durch kleinliche Mittel gehemmt werden. Die Ursache dazu ist die Schwierigkeit, in jenen Provinzen Grundbesitzer zu werden. Alle Hindernisse der Parzellirung müssen daher beseitigt werden. Die Frage der Aufhebung des Fideicommisses, des Besitzes der todten Hand tritt von neuem in den Vordergrund. Ich bedauere das Rescript des Cultusmtnisters, wonach die Kirchenverwaltungen die ihnen zugehenden Ablösungscapitalien in Grund und Boden anlegen sollen; der Besitz der todten Hand gehört rechtmäßig dem Staat. Nach einer hier im letzten Jahre gehörten Aeußerung des Landesforstmeisters steht dte Verminderung der Forsten und die Parzellirung von Grund und Boden in der Provinz Preußen keinem forstlichen Interesse entgegen. Die Domänen dort sind groß, und die Finanzpolitik Friedrichs des Großen, die Domänen zur Colonisation und Gründung von Bauerndörfern zu veräußern, scheint wieder zeitgemäß. Ich verkenne die Schwierigkeiten dabei nicht, aber wir haben aus dem Munde des Ministerpräsidenten so stolze Worte gehört von der Pflicht der Regierung, die sociale Frage zu lösen, daß wir endlich einmal in dieser Richtung Thaten sehen möchten. Wenn die Regierung auf diesem Wege vorgeht, wird sie mehr Dank erwerben, als auf dem gegenwärtig von ihr eingeschlagenen alchymistischen, wo unter Vorsitz des Herrn Geheimen Regierungsraths Wagener die preußische und österreichische Geheimrathsweisheit ein Recept für die Leiden der europäischen Menschheit sucht. (Heiterkeit.)

Auch der Herr Handelsminister hält sich verpflichtet, alljährlich einmal Conferenzen zu demselben Zweck zu berufen, auch er hat aber auf diesem Wege den Stein der Weisen noch nicht finden können. Wollte er statt dessen doch die ihm nahe stehenden Arbeiter, die Beamten seines Ressorts berücksichtigen, wie namentlich die unteren Eisenbahnbeamten! Zwar sollte für diesen Etat eine Gehaltsaufbesserung in Aussicht genommen werden, doch hat man es trotz aller Versprechungen dabei bewenden lassen, das Einkommen der Vorsitzenden der Directionen um 900 Thaler zu erhöhen. (Hört! Hört!). Ebenso wenig ist für die Gehaltsaufbesserung der Chausseeaufseher etwas geschehen. Solche Versäumnisse contrastiren sehr mit der Art, wie die andern Ressorts die von diesem Hause zu Gehaltserhöhungen von Beamten gegebenen Fingerzeige benutzt worden sind.

Auch die Servisfrage beruht ja auf einer vom Hause gegebenen Anregung. Der Herr Finanzminister hat hier, als er den darauf bezüglichen Gesetzentwurf ankündigte, gesagt, daß es auf der Hand liege, daß, wenn für die Besoldung von Civil- und Militärbeamten so erheblich gesorgt werde, dieselbe Frage auch für die Herren Offizieren erörtert werden müsse, daß diese Angelegenheit aber nicht die preußische Landesvertretung angehe. Allerdings, meine Herren, betrifft sie uns nicht unmittelbar, aber nachdem der Herr Finanzminister hier ein erstes Tirailleurfeuer eröffnet hat, muß ich doch darauf bemerken, daß die Herren Offiziere schon immer Servis gehabt und außerdem im Jahre 1868 eine Erhöhung desselben um 50 Procent erhalten haben. (Sehr wahr!) Ebenso sind die Gehälter für fast alle Offizier-Kategorien seit 1867 aufgebessert worden, und man kann nicht sagen, daß jetzt die Civilbeamten den Offizieren im Gehalte gleichstehen. Ich bemerke nur, daß gegenwärtig der älteste Gerichtsdirector um 100 Thlr. hinter dem jüngsten Major zurücksteht, daß ein Regierungs- oder Appellationsgerichtsrath es nicht zum Einkommen eines Majors bringen kann, und daß die ältesten Regierungs-Präsidenten kaum das Einkommen eines Regiments-Commandeurs haben. Sollte es wirklich gelingen, für den Militäretat im Rahmen des Pauschquantums Gelder verfügbar zu machen, so liegt uns nach meiner Meinung die Pflicht zur Aufbesserung der Unteroffiziersgehälter hundert Mal näher, als eine Erhöhnng des Einkommens der Offiziere. Ich bitte den Herrn Finanzminister, diese Erklärung an diejenige Adresse zu bestellen, von welcher er die Anregung empfangen hat. die Frage der Aufbesserung der Offiziersgehälter hier zur Sprache zu bringen.

Wir werden nicht umhin können, in diesem Jahre auch die Lage der pensionirten Beamten in Erwägung zu ziehen. Ich verkenne durchaus nicht, daß die Frage der pensionirten Beamten eine ganz andere ist, als die der unteren Beamten. Wenn wir die Gehälter der activen Beamten erhöhen, so geschieht dies wesentlich auch, um sie um so fester an den Staatsdienst zu ketten, und um sie opferfreudiger und leistungsfähiger zu machen. Diese Rücksichten walten bei den pensionirten Beamten nicht ob, und ich bin nicht gewillt, Hoffnungen bei diesen zu erwecken, die ich zu erfüllen nicht gesonnen bin. Auf der andern Seite, glaube ich, kann der Staat sich nicht ganz auf den Standpunkt einer Lebensversicherungsgesellschaft stellen, in der Weise, daß er sagt: Ihr habt Eure gesetzliche Pension oder Rente; nun seht zu, wie Ihr damit auskommt. Diesen Standpunkt hat auch die preußische Verwaltung eingenommen. Wir haben in unserem Etat zahlreiche Fonds zur Unterstützung von pensionirten Beamten und deren Hinterbliebenen. Es würde zu untersuchen sein, ob die Pensionen in Verbindung mit diesen Unterstützungsfonds ausreichen, allen pensionirten Beamten ein gewisses Existenzminimum zu sichern. Diese Bemerkung bezieht sich aber mehr auf die Staatspensionäre der untersten Klasse; am allerwenigsten will ich die Pensionen der höchsten Staatsbeamten erhöhen, um so weniger, als ein großer Theil dieser Staatspensionäre in den letzten Jahren Gelegenheit gefunden hat, sich Nebenverdienste zu schaffen, welche das Existenzminimum für diese Klasse völlig außer Frage stellen. Wir sehen, daß je mehr wir den activen Beamten den Eintritt in den Aufsichtsrath von Actiengesellschaften beschränken, um so mehr die pensionirten Beamten hineingezogen werden. Das ist auch ganz natürlich: ein schöner hoher Amtstitel nimmt sich auf einem Gründerprospect gar stattlich aus; er bedeutet dort praktisch ungefähr das, was im Bauernfange der Schlepper bedeutet (Heiterkeit).

Die Flagge muß hier die Waare decken — oft eine zweifelhafte Waare. Wenn diese Staatspensionäre mehr auf hohes Gehalt, als auf wirkliche Theilnahme an der Verwaltung sehen, so werden sie solchen Gesellschaften immer sehr willkommen sein. Ich bin in diesen Verhältnissen sehr wenig bewandert, aber man sagt mir beispielsweise, daß ein Staatsminister a. D. mit dem Titel Excellenz für Gründerbanken gegenwärtig einen Courswerth hat, der das Gehalt eines activen Ministers um das dreifache übersteigt. (Große Heiterkeit.) Freilich, wenn in dieser Weise alte Staatsminister a. D. für ihre Kinder sorgen, so halte ich das für viel weniger tadelnswerth, als wenn etwa einmal ein activer Minister in einer Situation, in welcher er nach den Regeln des politischen Anstandes seine Entlassung nachsuchen müßte, sich durch Privatinteressen veranlaßt fände, im Amt zu bleiben. Entschuldigen Sie diese Seitenblicke, durch die ich Ihre Aufmerksamkeit abgezogen habe von der großen Klasse alter und würdiger Staatsbeamter, welche unter den knappsten, äußeren Verhältnissen darauf bedacht sind, der Ehre ihres Standes in keiner Weise zu nahe zu treten. Wenn nun unsere reichliche Finanzlage uns die Mittel bietet, auskömmlicher als bisher, die Staatsbeamten zu bedenken, wenn wir außerdem die Mittel finden, Bedürfnisse, die Jahre lang vernachlässigt sind, reichlicher zu befriedigen, dann muß das Volk um so dringender erwarten, daß es nun auch seinerseits endlich an der günstigen Finanzlage Theil nimmt durch eine Verminderung der Steuern. In England hat man in diesem Jahr 21 Millionen Thlr. Steuern erlassen und dabei haben die Engländer noch nicht einmal Milliarden in Aussicht. Gerade für uns wäre eine Steuerentlastung die geeignetste Form, das Volk für die indirecten Schäden aus dem letzten Kriege zu entschädigen. Was hat man uns früher immer vorgeredet, wenn erst die deutsche Einigkeit vollzogen wäre, dann könnte man die Steuerlast auf breitere Schultern legen. Bei dem neuen Steuerreformgesetz ist es unzweifelhaft, daß auch beim besten Willen des Ministers die Bestimmungen dieser Vorlage nicht zur Verminderung, sondern zur ganz erheblichen Vermehrung der Steuerlast führen werden. (Sehr richtig!)

Ich will dies Gesetz heute nur im Rahmen unseres Etats skizziren. Die Steuerermäßigung beschränkt sich in der Hauptsache auf die Freilassung von Personen von der Klassensteuer, die weniger als 140 Thaler Einkommen haben. Die Regierung behauptet, daß es nicht weniger als 2,600,000 Haushaltende und einzelnde Steuernde, die mit einem Einkommen von wenigstens 140 Thlr. auszukommen im Stande sind. In vielen Gegenden sollen Tagelöhnerfamilien mit 120 Thlr. auskommen. Nun wissen wir aus dem Militäretat, daß ein gewöhnlicher Infanterist, trotzdem alle seine Lebensmittel im Ganzen beschafft werden, nicht unter hundert Thlrn. zu erhalten ist. Man wird die ländlichen Arbeiter in der Provinz Preußen jedenfalls nicht zu einer besonders begünstigten Klasse rechnen; dennoch constatirt Professor v. d. Goltz, daß ihr Einkommen mindestens 175 Thlr. beträgt. Diese Befreiung kommt also überhaupt kaum den Tagelöhnerfamilien zu Gute und erstreckt sich höchstens auf die Dienstboten. Bei gutem Willen der Einschätzungsbehörden mag vielleicht 1 Million Einzelsteuernde nach dem neuen Gesetz von dem Steuersatz von 15 Sgr. befreit werden. Der Ausfall beliefe sich also auf 500,000 Thlr., der jedenfalls gedeckt wird durch dte Mehreinnahmen, welche die veränderten Bestimmungen über die classificirte Einkommensteuer ergeben (Sehr richtig!). Der Schwerpunkt des Gesetzes, die Wurzel der Steuererhöhung liegt in der Umwandlung der Klassensteuer in eine Art von Einkommensteuer (Sehr richtig!). So lange die untersten Klassen bei dem geringen Steuersatz von 15 Sgr. bleiben, so lange hielten sie alle übrigen Klassen in der Besteuerung fest. Man konnte die übrigen Klassen nicht weiter hinaufschieben, denn die Vergleichung mit der Lage der Tagelöhner würde dann sofort das Correctiv gebildet haben.

Das hört nun auf; wenn der Tagelöhner nach dem Einkommen abgeschätzt wird, so wird er, der bisher 15 Sgr., 1 Thlr. oder 2 Thlr. Steuern zahlte, auf 3, 4 ja 5 Thlr. heraufkommen; mit der Tagelöhnerklasse schieben sich alle folgenden Klassen hinauf (Sehr richtig!); die Steuerschraube verliert nach unten jeden Widerstand. Ich meine, daß die Durchführung des Gesetzes, so wie es vorliegt, eine Erhöhung der Klassensteuer um etwa 16 pCt., also 2 Millionen zur Folge hat. Dieselbe Wahrnehmung machen wir auf

andern Gebieten der Steuerreform. Man will die Salzsteuer erlassen, aber dagegen im Reich die Börsen-, die Tabakssteuer einführen, d. h. an Stelle einer weniger erträglichen eine im Ertrage rascher fortschreitende Steuer setzen. Dieselbe Bewandtniß hat es mit der Einführung einer sogenannten Reichsgewerbesteuer, welche man an die Stelle der Matrikularbeiträge zu setzen beabsichtigt. Und wie im Großen, so auf anderen Gebieten im Kleinen. Es ist wieder ganz still geworden von weiteren Reformen in der Vereinfachung unseres Zolltarifs; nicht einmal den kleinen Eisenzoll von 2½ Sgr. können wir los werden; man hört ebensowenig auf dem Gebiet der preußischen Finanzverwaltung etwas von der Beseitigung gewisser Stempelsteuern; von dem Zeitungsstempel spreche ich schon gar nicht mehr (Heiterkeit), aber selbst der widersinnige, kleine Dechargenstempel, der Stem- auf die Quittungen für Besoldungen, alle solche Dinge bleiben aufrecht erhalten. Um zu ermessen, in welch hohem Grade unsere Finanzlage uns befähigt, die Steuern zu ermäßigen, braucht man nur zusammenzustellen alle die Ausgaben in unserem Etat, welche das Staatsvermögen vermehren sollen, also entweder Schulden vermindern — in der That übersteigt ja unser Activstaatsvermögen schon jetzt den Schuldenstand um das Doppelte — oder außerdem direct das Anlagecapital in Domänen, Forsten, im Berg- und Hüttenfach, in Eisenbahnen 2c. aus laufenden Mitteln erhöhen, dann kommt man zu dem Resultat, daß dieser Etat das Staatsvermögen um 13½ Millionen vermehrt.

Im vorigen Etat war es blos eine Vermehrung von 7 Millionen. Ich halte es nun für eine durchaus unrichtige Finanzpolitik, in dieser Weise fortwährend Schätze anzusammeln und auf eine fortwährende Vermehrung des Staatsvermögens durch Anspannung der Steuerkraft hinzuwirken. Einen Fingerzeig für den letzten Grund einer solchen Finanzpolitik gewährt ein Satz im Vorbericht zum Budget. Hier heißt es, man müsse deshalb zu außerordentlichen Schuldentilgungen schreiten, weil schwer zu ermessen sei, ob die Verminderung der Matricularbeiträge um 6 Millionen dauernd sein werde. Die eigenen Einnahmen des Reichs aus Zöllen und Verbrauchssteuern sind fortwährend im Steigen, ebenso die aus den Reichs-Eisenbahnen von Elsaß-Lothringen und aus der Post. Dagegen kommen etwaige Mehrforderungen in Telegraphie, Marine, Reichscivildienst gar nicht in Betracht. Eine Erhöhung der Matricularbeiträge heißt eine erhebliche Erhöhung des Militäretats. (Sehr richtig, links.) Obwohl der Militäretat nicht mehr unmittelbar mit unserem Budget zusammenhängt, so äußert er doch sehr merkliche Wirkungen auf dasselbe. Die Fixirung des dreijährigen Pauschquantums scheint bei der Staatsregierung das Bestreben wach gerufen zu haben, schon jetzt möglichst viele Schätze anzusammeln und parat zu halten. Wenn unmittelbar mit der Erhöhung des Militäretats eine Erhöhung der Steuerlast in Verbindung gebracht würde, so wäre diese Erhöhung natürlich viel schwieriger, darum sammelt man vorzeitig Schätze, hält alle Steuern, die man hat, zusammen, macht sie so einträglich als möglich, und schneidet der Landesvertretung so viel wie möglich Einfluß auf die Einnahmen ab. Dieses fortdauernde Bestreben nach einer Erhöhung des Militär-Etats vergiftet die preußische Finanzpolitik an der Wurzel, macht durchgreifende Steuerreformen unmöglich, erhält die Finanzminister fortwährend im Unfrieden mit den einzelnen Landesvertretungen, läßt überhaupt kein Behagen an unserer günstigen Finanzlage aufkommen und hindert uns, in Ruhe und Frieden die Früchte des Sieges zu genießen. Es mag ja sein, daß manchem dieser schwarze Punkt am Horizont noch sehr entfernt erscheint, jedenfalls aber glaube ich nachgewiesen zu haben, daß er schon in den gegenwärtigen Etat einen großen Schatten hineinwirft. (Beifall links.)

Abg. Rickert: Auch ich erkenne die große Sorgfalt an, mit der die Aufstellung des Etats den Wünschen der Landesvertretung in einzelnen Ressorts Rechnung getragen hat, aber die Steigerung unserer günstigen Finanzlage nimmt einen so rapiden Charakter an, daß wir alle Ursache haben die Folgen davon in ernste Erwägung zu ziehen. Seit 1848 hatte die preußische Finanzpolitik zuerst das Bestreben die Einnahmen zu erhöhen, weil die Einnahmen nicht ausreichten, die nothwendigen Bedürfnisse des Staates zu befriedigen; wir hatten damals die Periode der Steuererhöhungen, der temporären Zuschläge auf die die directen Steuern. Aus dieser Noth der Deficits sind wir nun in die Noth der Ueberschüsse gerathen, und diese Noth ist keineswegs ungefährlicher als jene, Seit 3 Jahren arbeiten wir jetzt mit wachsenden, in dem Etat erscheinenden Mehreinnahmen. Das Jahr 1872 ergab einen Ueberschuß, der in demselben Maße höher war, als der Ueberschuß von 1871 im Vergleich zu 1870 und ich glaube nicht zu irren, wenn ich für 1873 dieselbe Steigerung annehme. Dieser Thatsache gegenüber kann ich nun die in dem diesjährigen Etat in Aussicht genommene Maßregel, 7⅔ Millionen zu einer außerordentlichen Schuldentilgung zu verwenden im gegenwärtigen Moment in keiner Weise für begründet erachten. Der Finanzminister würde allerdings eine derartige Maßregel im heutigen Moment dem Lande nicht zumuthen können, wenn nicht leider das Axiom in der preußischen Staatsregierung gälte, daß die Einnahmen aus Steuern als feste betrachtet werden in so fern, als sie keine Verminderung ertragen, eine Erhöhung aber sehr wohl. (Sehr wahr! links.) Es liegt auch nicht der entfernteste Anlaß vor, im gegenwärtigen Moment 7⅔ Millionen Thaler zu einer außerordentlichen Schuldentilgung zu verwenden.

Der Vorredner hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die Vermehrung des Staatsvermögens aus den laufenden Einnahmen von Jahr zu Jahr fortschreitet. Da ist denn die Frage doch angebracht: liegt auch heute noch ein Grund vor, die Einnahmen des Staates aus den Steuern als unbedingt feste zu betrachten, oder ist nicht vielmehr Veranlassung geboten, jetzt endlich einmal den Etat umgekehrt in Erwägung zu nehmen, und zuerst zu fragen, welche Ausgaben hat der Staat in diesem laufenden Jahre zu erfüllen und dann erst zu fragen, in wie weit muß nun die Steuerkraft des Landes in Anspruch genommen werden, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Ich frage, würde nicht ein Theil dieser 7⅔ Millionen verwendet werden können zum Erlaß von zwei Monatsraten der classificirten Einkommensteuer und der Klassensteuer? Der Frage wegen der gesetzlichen Quotisirung dieser Steuer würde damit in keiner Weise präjudicirt. Ich seh nur eine Schwierigkeit hierbei, die aber ein dauerndes Hinderniß nicht bieten würde. Das ist die Benachtheiligung der Städte in der Mahl- und Schlachtsteuer bei diesem Erlaß gegenüber dem platten Lande. Ein so unglückliches Schicksal die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in der vorigen Session auch gehabt hat, so bin ich doch der Zuversicht, daß wir in diesem Jahre über diese, theoretisch längst abgethane Frage mit dem Finanzminister in irgend einer Form uns verständigen werden. Die veränderte Aufstellung des Etats, wie ich sie empfahl, kann im Interesse des Landes unmöglich auf die Dauer unberücksichtigt bleiben. Die Staatsregierung handelt gegen dies Interesse, wenn sie die Landesvertretung immer wieder in die falsche Stellung bringt, auf neue Ausgaben zu dringen, blos um die einmal feststehenden Einnahmen zur Verwendung zu bringen. (Sehr richtig! links.)

Es liegt aber auch alle Veranlassung vor, gegenwärtig zu einer Entlastung der Steuerzahler zu schreiten, wenn Sie Ihre Augen auf den augenblicklichen Zustand der Finanzen in den einzelnen Kreisen und Provinzen lenken. Es ist eine feststehende Thatsache, daß fast alle Gemeinden jetzt und in nächster Zeit eine große Anzahl von berechtigten Ansprüchen zu befriedigen haben, zu denen ihre volle Steuerkraft angespannt werden muß. Sie würden erschrecken, meine Herren, wenn sie wüßten, mit welchem Procentsatz schon heute die Gemeindemitglieder zur directen Communalsteuer herangezogen werden; diese beträgt mehr als das Doppelte derjenigen Steuer, die der Staat für seine Zwecke in Anspruch nimmt. (Sehr richtig! links.) Nun, meine Herren, wo soll denn das hinaus? Auf allen Seiten zugleich die Steuerschraube anzuziehen, wird doch auf die Dauer nicht möglich sein, und um so mehr hat die Staatsregierung die Pflicht, ihrerseits mit einem Steuererlaß vorzugehen. Was das Gesetz wegen Reform der Klassensteuer anbetrifft, so bin ich mit dem Vorredner darin einverstanden, daß die Ausführung dieses Gesetzes nimmermehr in der Hand des Finanzministers liegt, und daß wir im Lande alle der Meinung sind, die Ausführung des Gesetzes nach den vorgeschlagenen Grundsätzen wird zu einer bedeutenden Steuererhöhung führen. (Sehr wahr!) — Der Steuerdruck, der im Lande empfunden wird, richtet sich nicht bloß nach der absoluten Höhe der Steuerlast, sondern wesentlich auch nach der Verwendung. Tritt erst im Lande die Ueberzeugung ein, daß mehr Steuern erhoben werden, als nothwendig ist für die Bedürfnisse des Landes, so wird eine Agitation hervorgerufen, die ein geregeltes Zusammenwirken von Regierung und Landesvertretung in hohem Maße erschwert. Gerade im Interesse einer conservativen Regierung liegt es, uns in dieser Beziehung entgegenzukommen und darauf zu sehen, daß in Zukunft für das laufende Jahr nicht mehr Einnahmen erhoben werden, als das Bedürfniß des Landes verlangt. (Beifall.)

Abg. Lasker: Die Regierung theilt im Etat die Einnahmen in ordentliche und außerordentliche, nicht nur nach der Rubrik, wie sie bisher im Etat erschienen, sondern auch in der Prüfung darnach, in wie weit bestimmte Einnahmen als nachhaltige angesehen werden dürfen oder als solche, die die Gunst der Umstände uns nur auf kurze Zeit zuweist. Die ordentlichen Einnahmen will nun die Regierung zum Theil zur materiellen Entlastung des Landes verwenden, zum Theil zur Erhöhung nützlicher Ausgaben. Die extraordinären Einnahmen aber will sie verwenden zum Theil für die extraordinären Ausgaben, zum Theil für die Schuldentilgung. Das sind die vier leitenden Gesichtspunkte, die die Regierung aufstellt und mit diesen erkläre ich mich vollständig einverstanden. Es wird sich nun darum handeln, nachzusehen, ob diese vier sehr richtigen Grundsätze des Etats auch überall richtig ausgeführt sind. Die günstige Finanzlage muß uns zunächst zur Prüfung auffordern, ob die Einnahme, aus der sie fließt, wirklich solche sind, mit denen wir absolut zufrieden sein können, wir haben viele Einnahmen im Etat, die an sich nicht sehr hübsche oder unter Umständen nicht sehr saubere Einnahmequellen sind, die wir in Jahren des Deficits gelten lassen mußten, weil sonst die Bedürfnisse des Staates nicht gedeckt werden konnten. Ich frage nun, in welchem anderen Jahre sollen wir den moralischen Maßstab an die Einnahmen des Staates legen, als in solchem, wo wir eingestandenermaßen an Ueberprofit der Einnahmen leiden? Ich habe im vorigen Jahre einmal über die Natur der Steuern Revue gehalten, und es wurde mir damals vorgeworfen, ich ließe gar keine Steuern mehr bestehen. Das war aber ein thatsächlicher Irrthum.

Ich habe stehen lassen und rühre auch heute nicht daran, die Einkommensteuer, jetzt Classensteuer, die Steuern aus Zöllen, die Grund- und Gebäudesteuer. Dagegen habe ich allerdings auf einzelne Steuern hingewiesen, die in Fortfall kommen müssen, wenn die Mittel zu ihrem Ersatz vorhanden sind, und von diesem bringe ich, da ich gewohnt bin, selbst in den Staatsverhältnissen das ethische Moment nicht gering zu veranschlagen, in erster Linie die Lotterie vor. Ich frage: in welchem Jahre wollen Sie die Lotterie abschaffen, wenn nicht in diesem? Welche Entschuldigung haben Sie für diese Verführung, gerade der niedrigsten Volksclassen zum Lottospiel; denn die höheren Classen haben ihre Spielorte, gerade so gefährlich und unsittlich an einer anderen Stelle. Ich bin der Meinung, daß wir schon in diesem Jahre einen Beschluß dahin fassen müssen, daß die Volksvertretung nicht länger das Spiel der Lotterie dulden will. (Zustimmung.) Man sage nicht, daß wenn diese Befriedigung des Spieltriebes abgeschnitten wird, dann andere Laster ähnlicher Art steigen und z. B. gewisse mittlere Gesellschaftsschichten an die Börse getrieben werden. Ich meine, der Staat kann gar nicht mit voller Kraft gewisse auftretende fehlerhafte Erscheinungen unterdrücken, wenn er selbst Theilnehmer dieses Uebels ist. (Sehr richtig!)

Damit komme ich zu einer anderen Einnahme, in Betreff deren ich mich eher an den Herrn Justizminister, als an den Herrn Finanzminister wenden möchte, in der That mit einer Erwägung, die ich ihm sehr nahe an's Herz lege. Der Herr Finanzminister hat bei der Stempelsteuer erklärt, daß auch die Einnahmen von den Stempeln in diesem Jahre bedeutend steigen werden und hinzugesetzt: von einer reichen Fülle des Geldmarkts, welche gegenwärtig durch eine bestimmte Art des Handels über viele Klassen sich verbreitet, bekomme der Staat auch eine Kleinigkeit. Es bezieht sich dies auf das schon sehr gehässig gewordene Wort der Gründungen, wodurch in der That nicht blos von wirklichem Vermögen Steuern erhoben werden, sondern auch von eingebildetem, wenn, insofern dieses Uebel sehr weit bereits um sich gegriffen hat, nicht blos dem Verkäufer seine abzulassenden Gegenstände mit viel zu hohen Preisen bezahlt werden, sondern außerdem noch es möglich geworden ist Zahlungen zu machen, die dann ihrer Tasche zu Gute kommen. Dann erhält der Staat die Stempelsteuer für Werthe, die nicht existiren, sondern blos zu schwindelhaften Operationen fingirt werden, wodurch der Eine oder Andere betrogen wird. Nun weiß ich wohl, daß der Herr Finanzminister einer solchen Erwägung gegenüber sich nicht helfen kann und daß das alte Sprüchwort fortgilt: tessera non olet. Aber dem Herrn Justizminister möchte ich es dringend an's Herz legen, da er doch Gewalt über die Staatsanwälte hat, ein wenig Instruction an dieselben ergehen zu lassen, daß dieser Unfug nicht so öffentlich fortgetrieben werde (Beifall).

Ueber die Privatmoral spreche ich nicht, in wie weit der Einzelne seine Hand davon fern halten soll, durch keine Rede wird der Durst nach dem Golde vor der Zeit gestillt, und ich bin weit entfernt zu glauben, daß irgend welche Nachweise von Schäden, selbst irgend eine öffentliche Kritik wirken sollte, an der Stelle, wo solche Wünsche vorwalten. Aber es hat sich bereits ein Zeitungskrieg entsponnen, wodurch vielfach den Verwaltungsräthen vorgeworfen wird, daß sie den Kaufpreis für einzelne übernommene Gründungs-Objecte weit höher ihren Actionären veranschlagt, als sie selbst dafür gezahlt haben. Das ist der offenbarste Betrug, zu verfolgen nach dem Strafgesetzbuch und zu bestrafen mit Gefängniß. (Sehr richtig.) Herrscht nun ein so weit verbreitetes Uebel im Lande, werden sogar öffentlich diese Uebelstände besprochen, dann ist es nicht mehr Sache des **Finanzministers**, sondern des **Justizministers**, dem Dinge auf den Grund zu gehen; denn das Uebel ist schon so weit verbreitet, daß alle Gesellschaftsschichten davon infizirt sind. Mitglieder des höchsten Adels im Lande betheiligen sich an derartigen Geschäften, welche nicht uns, sondern den Staatsanwalt und das Criminalgericht beschäftigen sollten. (Sehr richtig.) Sicherlich werden diejenigen, welche noch äußerlich der anständigen Gesellschaft angehören wollen, sich zurückziehen von den Geschäften, sobald einmal im einzelnen Falle durch einen richterlichen Spruch die Strafbarkeit und der criminelle betrügerische Charakter dieser Handlungen wird dargethan sein. (Sehr richtig.) Es werden wahrscheinlich mehrere solche Geschäfte abgelehnt werden, es wird ein Ausfall an Stempeln eintreten, aber es wird eine Reinigung geschehen inmitten der allgemeinen Verwirrung, von der die verschiedensten Schichten der Gesellschaft von den höchsten bis zu den niedrigsten zu meinem großen Leidwesen ergriffen sind.

Ich komme sodann auf die Einnahme aus den **Chausseegeldern**, welche an sich ungerechtfertigt, aber auch volkswirthschaftlich verschwenderisch ist, weil sie mit Verlusten an Zeit für die Fahrenden verbunden ist und die Erhebung selbst große Kosten verursacht. Auch diese Einnahme kann nicht bestehen bleiben. Sodann muß ich von der **Zeitungsstempelsteuer** sprechen. Für ihre Beibehaltung vermag ich keinen andern Grund einzusehen, als den, sie bleibt bestehen, weil sie besteht. Sie ist im höchsten Grade ungerecht, und ich bin überzeugt, wenn wir nächstens ein Preßgesetz im Reichstage berathen werden, würde kein Mitglied sie bestehen lassen können. Wenn dem so ist, so erscheint mir aber selbstverständlich, daß Preußen für sich in dieser Frage vorgehe; denn ich bin durchaus nicht dafür, in allen Fällen dem Reichstage die Aufgabe zuzuweisen, daß er unsere Schäden heile. Dagegen muß ich andererseits anerkennen, daß die Regierung thatsächlich und in sehr wirksamer Weise mit einer Entlastung der Steuerzahler vorgegangen ist. Ich rechne hierhin die den Provinzen zur Disposition gestellten 3 Millionen Thaler, die nach meiner Meinung im vollen Umfange die Natur eines Steuererlasses haben. Was das Gesetz wegen Reform der Klassen- und Einkommensteuer anbetrifft, so billige ich rücksichtslos das Princip einer solchen Reform. Ich betone aber, daß mir die Skala von 140 Thaler durchaus als viel zu tief gegriffen erscheint. Wenn Sie diese 140 Thaler bestehen lassen, so wird die Folge davon sein, daß man sich in den Gemeinden und Kreisen mit falschen Einschätzungen helfen wird. — Ich bedaure auf das Ernsteste, daß nicht zu dem Princip der Selbsteinschätzung gegriffen ist.

Es heißt in den Motiven des Gesetzes: die Selbsteinschätzung würde im Lande auf großen Widerstand stoßen. Aber das würden doch immer nur individuelle Rücksichten sein; und es käme doch einmal auf einen Versuch an; auch soll ja die Selbsteinschätzung keineswegs ohne jede Correctur Seitens der competenten Behörden bleiben. Das Prinzip die Extraordinarien der Einnahmen zu Schuldentilgungszwecken zu benutzen, kann ich nur für ein durchaus richtiges halten. Der Finanzminister hat mit dieser ersten Maßregel der Consolidirung sein Versprechen eingelöst, mit dem er in das Amt eintrat. Freilich tritt die Schuldentilgung zurück vor einer andern Frage, die an uns herantritt, und das ist die Vermehrung der Ausgaben für die Zwecke des Unterrichts. Diese Aufgabe pocht so dringend an unsere Thür, daß wir unmöglich noch ein Jahr über ihre Erfüllung hingehen lassen können. (Sehr wahr! links) Endlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß auch in Hinsicht auf die feineren Beziehungen des Lebens, und darunter verstehe ich vor Allem die Kunst, erhöhte Ansprüche an uns herantreten, deren Befriedigung sich nicht wohl wird umgehen lassen. Ich selbst behalte mir bei dem betreffenden Etat nähere Anträge vor. Zum Schluß wünsche ich, daß wir an diesen Etat nicht mit gar so sauren Mienen herantreten mögen. Das Unglück, einen so glänzenden Etat zu haben, ist nicht ein so sehr großes. Möge uns nur auch der Herr Finanzminister bei der Durchberathung des Etats die Wege leicht machen und nicht überall da, wo wir technische Ausstellungen machen, immer gleich einen Angriff gegen die Finanzverwaltung erblicken. (Lebhafter Beifall.)

Finanzminister Camphausen: Es besteht ein großer Gegensatz zwischen der Art und Weise, wie der Herr Vorredner seinen Vortrag geschlossen, und zwischen den Worten, mit denen der erste Redner seine ausführlichen Darlegungen beendigte. Der erste Herr Redner ließ sich zu der Aeußerung herbei, die Finanzen des preußischen Staates seien in der Wurzel vergiftet. Ich habe dabei das Gefühl gehabt, daß jeder Staat sich freuen würde, wenn seine Finanzen so vergiftet wären, wie die preußischen. Der andere Redner hat gesagt: Der Finanzminister werde stets in Unfrieden mit der Landesvertretung leben. M. H., sollte ich wirklich in Unfrieden mit der Majorität dieses hohen Hauses leben, so gäbe es ein sehr leichtes Mittel dem aus dem Wege zu gehen, ich würde mich um meine Demission bemühen. Bis jetzt habe ich aber geglaubt, daß ich nicht in Unfrieden mit diesem hohen Hause lebe, sondern daß mir nur das Leben etwas sauer gemacht wird; daß ich dafür verantwortlich gemacht werde, wenn das nicht geschieht, was der Redner wünscht. Alle drei Redner haben darin übereingestimmt, das vorgelegte Steuergesetz einer eingehenden Kritik zu unterwerfen, bald wohlwollend, bald weniger wohlwollend. Ich bin nun zwar der Ansicht, daß wir heute über diese Steuerfrage nicht zu verhandeln haben, aber nachdem drei Redner in so ausführlicher Weise sich mit dieser Frage beschäftigt haben, werde ich wohl auch auf Nachsicht rechnen dürfen, wenn ich auch von meiner Seite aus einige Worte über diesen Gegenstand an Sie richte. Durch die Aeußerungen des Vorredners zog sich gleichsam als ein rother Faden hindurch die Befürchtung, daß die Verhandlungen über diese Frage vielleicht an einer gewissen Starrheit der Auffassung Seitens des Finanzministers scheitern könnten. Ich glaube, auf eine solche Befürchtung, wenn sie wirklich bestand, hat eingewirkt der Gang der Berathung des vorigen Etatsentwurfes.

Die Lage der Staatsregierung ist diesmal eine andere. Bei der vorjährigen Gesetzesvorlage war der Staatsregierung die Aufgabe gestellt, durch eine leicht ausführbare, rasch zu ergreifende Maßregel die Erleichterung dem Lande zuzuführen, welche nach der Auffassung der Staatsregierung die Verhältnisse gewähren könnten. Damals handelte es sich darum, einem oft wiederholten Wunsche dieses Hauses wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer die Wege zu bahnen, es handelte sich darum, rasch eine Umgestaltung der Klassensteuer vorzunehmen. Heute oder vielmehr in der diesmaligen Sitzungsperiode ist die Staatsregierung in der Lage gewesen, Ihnen einen reiflich erwogenen Steuerplan vorzulegen, sie ist in der Lage gewesen, diesen Steuerplan so abzugrenzen, daß gehofft werden darf, es werde über denselben eine Verständigung herbeizuführen sein. Man ist mit der Behauptung hervorgetreten, was der Entwurf an Entlastung bringe, das wird in der Sache eine Steuererhöhung werden. Nun m. H., ich denke, wir sehen auch in diesem Falle, wie schwer es ist, die noch unbekannten Wünsche der Landesvertretung zu befriedigen. Im vorigen Jahre haben wir Ihnen eine Vorlage gemacht, an der man aussetzen mochte, was man wollte, aber sie war ein Bestreben, daß eine Steuererledigung sofort eintrat. In diesem Jahre machen wir Ihnen auf's Neue eine Vorlage nach dieser Richtung hin, aber, weil man die damalige Basis unseres Vorschlages angefochten hat, auf einer anderen Basis, des zu ermittelnden Einkommens, nun wird sofort behauptet, wenn ihr von diesem Satz ausgeht, bekommt ihr viel zu viel Geld. Ich kann versichern, wenn die Verhandlungen zu der Ueberzeugung führen, daß dieser Satz unrichtig gegriffen ist, so würde ich nicht nur bereitwillig in eine solche Erhöhung willigen, sondern es würde mir dies eine große Freude bereiten. Denn ich bedauere, daß wir bis zu dieser Grenze das Einziehen der Steuer stattfinden lassen müssen.

Ebenso kann ich Ihnen von vornherein die Versicherung geben, daß die Regierung die Frage der Steuerreform durchaus nicht als eine Parteifrage auffaßt, sondern daß sie nichts weiter ins Auge faßt, als den wirklichen Interessen des Landes zu dienen, daß sie den Einspruch über das, was das Abgeordnetenhaus für zuträglich hält oder nicht, mit geziemender Berücksichtigung entgegen nehmen wird. Tiefer auf die Frage einzugehen, wie es mit der beabsichtigten Steuer im Einzelnen steht, glaube ich mir versagen zu müssen; nur würde es vielleicht gut sein, wenn ich eine Erläuterung gebe, wie man überhaupt zu dem vorgeschlagenen Satze gekommen ist. Da muß ich denn anführen, daß schon die Instruction zur Klassensteuer vom 8. Mai 1851 für die oberste Hauptklasse die Abschätzung auf das Einkommen basirt hat, daß der neue Gesetzentwurf für diese oberste Hauptklasse sich im Wesentlichen an die früheren Vorschriften anschließt, aber in Bezug auf die untersten Stufen Ermäßigungen eintreten läßt. Ferner muß ich anführen, daß zwar nicht in der Instruction, die das Finanzministerium für die Veranlagung zur Klassensteuer erlassen hat, wohl aber in einer Steuerregulative für die communale Einkommensteuer eine Untereintheilung stattgefunden zu haben schien. Nach diesen Sätzen war zu 3 Thlr. zur Veranlagung gekommen ein Einkommen von 150—200 Thlr., zu 2 Thlr. ein Einkommen von 100—150 Thlr., das niedrigere zu einem niedrigeren Satze. Ich habe ferner anzuführen, daß nicht für einzelne Gegenden, sondern für ganze Landestheile uns mit der größten Bestimmtheit behauptet und ziffernmäßig dargelegt worden ist, daß das Einkommen einer Haushaltung in jenen Schichten der Gesellschaft sich auf mehr als 120 Thlr. nicht veranschlagen lasse; ich kann Ihnen anführen: Gumbinnen, Königsberg, Marienwerder, Köslin u. s. w. Ob diese Angaben sich als durchaus zutreffend erweisen werden, will ich dahingestellt sein lassen.

Dann will ich anführen, daß bei einer Skala, die nur um ein Weniges höher gegriffen war, ein Rechenkünstler im Finanzministerium mir einen Steuerausfall von 3,300,000 Thlr. berechnet hat, ohne die Verantwortlichkeit zu übernehmen, daß der Steuerausfall nicht noch etwas größer sein werde. So viel über den Punkt der Steuerreform. Ich wiederhole, die Staatsregierung wünscht die eingehendste Prüfung, sie erwartet Ihren Beschluß darüber, ob die Basis als eine zutreffend gewählte anzuerkennen ist, und sie wird sich mit Ihnen zu verständigen suchen, damit jetzt wirklich eine Steuerermäßigung eintreten kann. — Unter den vielen Bemerkungen, die zu dem Etatsentwurf gemacht sind, bin ich beinahe in Verlegenheit, wohin ich mich zuerst wenden soll. Mein Blick fällt zunächst auf eine Aeußerung des zweiten Herrn Vorredners, dessen ich bis jetzt noch nicht gedacht habe. Er erklärt es für undenkbar, daß die Staatsregierung es für angemessen erachten kann, zu einer extraordinären Schuldentilgung zu schreiten. Ich muß bemerken, daß der geehrte Abgeordnete noch nicht Mitglied dieses Hauses war, als wir über das Consolidationsgesetz verhandelten. Damals habe ich mich dafür engagirt, daß ich, wenn die Verhältnisse es gestatteten, für eine extraordinäre Schuldentilgung eintreten würde. (Sehr richtig.) Dieses Wort haben wir durch Vorlegung dieses Etats eingelöst. (Bravo.) Ob es sich empfehlen könnte, einen Steuerlaß zu gewähren, das wird dem Beschluß des hohen Hauses zu unterbreiten sein. Ich möchte aber behaupten, daß ein solcher Steuererlaß sehr viel geringere Wirkung haben würde, als ihm der geehrte Vorredner zuschreibt, daß dagegen eine zweckmäßige Verwendung für Ausgaben dem Lande bei Weitem ersprießlicher sein wird.

Der Abg. Lasker hat uns nicht ganz eine solche Liste von Steuerveränderungen aufgeführt, als im vorigen Jahre. Ich habe mit Befriedigung vernommen, daß er die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer bestehen lassen und uns diese Einnahmen nicht entziehen will. Wir würden bei einer solchen Auffassung uns schon sehr viel mehr nähern, als im vorigen Jahre. — Ich bin der Letzte, der bestreitet, daß auch ethische Rücksichten zu nehmen sind bei der Behandlung von Finanzfragen; ich bin der Letzte, der bestreitet, daß wir die Frage aufwerfen können, was ist dringender, Steuern zu erlassen oder Institutionen aufzuheben, die sehr vielen Anstoß gewähren. Von diesem Standpunkt aus würde die Frage der Aufhebung der Lotterie eine Frage sein können. Sofern weiterhin wiederholt darauf hingewiesen worden ist, die Chausseegelder aufzuheben, so würde der geehrte Abgeordnete außerordentlich irren, wenn er mich für einen fanatischen Verehrer dieser Einrichtungen halten wollte. Aber, meine Herren, wir können doch nicht alles gleichzeitig machen, wir können doch nicht auf der einen Seite einen großen Steuererlaß decretiren, auf der anderen die Provinzialfonds dotiren und noch für recht ansehnliche Ausgaben Sorge tragen. Da fürchte ich, kommen wir aus der Noth der Ueberschüsse wieder zur Noth der Deficits, und ich, meine Herren, ziehe die erste Noth bei weitem vor (Sehr richtig. Heiterkeit). Es ist bei der Beurtheilung des Etats für ein bestimmtes Jahr immer sich völlig vor Augen zu halten, daß die Verhältnisse, wie sie für ein bestimmtes Jahr charakterisirt sind, darum noch nicht einen Anspruch auf unveränderte Fortdauer haben. Bis jetzt sind Anklagen, daß wir die Einnahmen zu hoch gegriffen haben, noch nicht erhoben worden; als möglich kann ich sie mir denken. Von dem Mittel, was in früherer Zeit befolgt worden ist, sich lediglich an den dreijährigen Durchschnitt zu halten, sind wir mehrfach abgewichen.

Sollten wir nun auch nicht überlegen, daß in dem vorliegenden Etats-Entwurf gewisse Einnahmezweige enthalten sind, die mehr oder weniger prekärer Natur sind und sein werden? Dahin rechne ich vor allen Dingen die außerordentlich hohen Einnahmen der Bergwerksverwaltung, nicht als wenn ich befürchtete, daß im Jahre 1873 das Verhältniß sich ungünstig gestalten werde, im Gegentheil, ich vermuthe, daß unser Voranschlag eher zu gering ist, aber ich bitte, ja nicht anzunehmen, daß wir darin mit einer Einnahme zu thun haben, die sich immer in derselben Weise ergiebig zeigen wird. Gerade in der Kohlenindustrie giebt es bedenkliche Schwankungen. Wenn diese Schwankungen eintreten werden, vermag ich Ihnen nicht zu sagen, und ein Anderer wohl auch nicht. Es würde also sehr unvorsichtig sein, darauf bauen zu wollen, daß eine solche Einnahme in der Höhe sich erhalten wird. Wir haben mit vollem Rechte die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung sehr hoch veranschlagt, ich hoffe, daß die neueste Entwickelung des Eisenbahnwesens die Hoffnungen nicht täuschen wird; aber wenn uns die Concurrenz nöthigen sollte, mit Tarifherabsetzungen vorzugehen, so sind auch diese Einnahmen nicht als völlig zuverlässig zu betrachten. — Darin hat der letzte Vorredner in völliger Uebereinstimmung mit mir gesprochen, als er auf die Nothwendigkeit hingewiesen hat, für Kunst und Wissenschaft mehr zu thun. Keine Ausgabe leiste ich mit mehr Freudigkeit, als eine solche. Wenn ich den Vorredner ein paar Mal leise unterbrochen habe, dann hatte es den Zweck, ihn daran zu erinnern, daß wir den Schritt, den wir für das Jahr 1872 gethan, im verstärkten Maße für das Jahr 1783 gethan haben. Sie werden bemerken, daß das Unterrichts- und Cultusministerium für das Jahr 1871 im Ordinarium mit 6,311,463 Thlr. bedacht war, daß dasselbe Ministerium für 1873 mit 9,172,847 Thaler, also mit einem Mehr von 2,861,384 Thaler bedacht ist, und daneben eine Verstärkung im Extraordinarium von

mehr als 1¼ Millionen Thlr. Es scheint mir, daß hiernach wohl nicht zu verkennen ist, wie viel gerade für diese Zwecke geschehen ist.

Was die Form des Etatsentwurfes angeht, gereicht es mir zur besonderen Befriedigung, die wahrlich nicht leichte Arbeit, einen Etat aufzustellen, der auf der einen Seite den berechtigten Anforderungen der Landesvertretung genügt, auf der andern die Verwaltungen nicht nutzlos einengt, wirklich gelöst zu sehen. Wenn daneben einzelne Etats, z. B. der des landwirthschaftlichen Ministeriums angegriffen worden ist, so kann ich heute die einzelnen Vorwürfe nicht genau prüfen; dies wird in der Budgetcommission geschehen müssen. Wenn der Abg. Richter gesagt hat, daß in diesem Etat alles wie Kraut und Rüben durcheinander geworfen sei, so möchte ich eigentlich, wenn ich die lange Liste ansehe von den Punkten, die er in seiner Rede behandelt hat, vielleicht dasselbe von seiner Rede behaupten; aber ich will es nicht thun. (Heiterkeit.) Ich will noch über das Mißtrauen sprechen, welches der Abgeordnete dem Etatsentwurf entgegengebracht. Ueber den Eingang der Milliarden bin ich nicht in der Lage mehr zu sagen, als was ich im vorigen Jahre verkündigt habe. Preußen hat nur eine Erleichterung genossen, daß wir in der Lage waren, den Staatsschatz aufzulösen und die Abgaben an das Reich zu verringern. Durch das Reichsgesetz vom 8. Juni d. J. ist angeordnet, daß die Bestimmung über die Verwendung der auf den norddeutschen Bund fallenden Gelder nur durch Reichstagsbeschluß erfolgen kann.

So lange ein solcher Beschluß nicht erfolgt ist, hat das preußische Finanzministerium keine Resolution darüber zu fassen. In welchem Sinne ein Reichstagsbeschluß erfolgen wird, wage ich nicht im Voraus zu bestimmen. Es ist den Herren, welche zugleich Mitglieder des Reichstags sind, bekannt, daß 2½ Milliarden erforderlich waren, um theils die Ausgaben zu leisten, theils Schulden zu tilgen, so daß diese Summe noch nicht dazu ausgereicht hat. Wenn das Reich die ferneren Mittel zur Deckung seiner Verpflichtungen in den Händen haben wird, wird es darüber zu bestimmen haben, ob es einen Fonds gründen will, dessen Zinsen zu Invaliden-Pensionen bestimmt werden können, oder ob es die Ueberschüsse an die Matrikularstaaten vertheilen will. Dann würde auch Preußen seinen Theil daran erhalten und die preußische Landesvertretung in der Lage sein, frei zu entscheiden, was sie mit dem Gelde anzufangen hat. Bei der Vorlegung des Etats war die Staatsregierung nicht in der Lage, in dieser Beziehung schon Vorschläge zu machen. Die Finanzvorlage für 1873 ist völlig unabhängig von solchen Eventualitäten. Noch Einzelnes, was dem Entwurf zur Last gelegt wurde, übergehe ich, weil ich glaube, daß es für eine Generalberathung nicht paßt, darauf einzugehen.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Zunächst kann ich in Beziehung auf das Berg- und Eisenbahnwesen alles bestätigen, was der Herr Finanzminister gesagt hat. Ich bin auch der Ansicht, daß wir den Etat vollständig erfüllen, vielleicht sogar einen Ueberschuß erzielen werden. Was das Bergwesen anbetrifft, so ergebe ich mich der Hoffnung, daß wir den Etat erreichen werden, indessen, wenn man unter der Erde arbeitet, giebt es immer einige Punkte, wo man nicht weiß, wie es unten aussieht. (Heiterkeit.) Ich habe aber die Hoffnung, daß wir in Inowraclaw schon bald Salz verkaufen werden, aber in Segeberg ist plötzlich unterirdisches Wasser aufgetreten, was große Maschinen zum auspumpen erforderte. Solche Dinge entziehen sich der Berechnung. Endlich erlaube ich mir die Bemerkung, daß nicht bloß in der einen Kategorie der Eisenbahnbeamten, die der Abgeordnete Richter anführte, eine Erhöhung der Gehälter stattgefunden hat, sondern auch noch in drei anderen Kategorien dasselbe geschehen ist.

Justizminister Leonhardt: Meine Herren, ich erlaube mir nur wenige Worte über den mir vom Abg. Lasker ertheilten freundschaftlichen Rath. Er hält es für Pflicht des Justizministers, die Staatsanwälte zur Entfaltung ihrer Thätigkeit betreffs der Gründungen anzuweisen. Ich bedauere, darauf nicht eingehen zu können. Der Justizminister hat den Staatsanwälten gegenüber seine Thätigkeit auf die Aufsicht zu beschränken und hat sich nicht in die Frage der Anklage-Erhebung zu mischen. Seit einer Reihe von Jahren halte ich diese Ansicht für die correcte, habe mich auch vor 5 Jahren durch Widerspruch nicht davon abbringen lassen. Wohl können Ausnahmen von diesem Grundsatz berechtigt sein, einzelne solcher Fälle, aber generell, daß daher müßte doch zuerst statistisches Material vorliegen, und das vermisse ich bis jetzt vollständig, und dann würde auch noch hinzutreten müssen, daß sie Grund dazu hätten. Daß die Staatsregierung aus besonderen Gründen die beregten Verbrechen nicht verfolgen wolle, kann doch nicht angenommen werden. Die Sache ist doch einfach. Wenn bei diesen Gründungen offenbare Betrügereien vorfallen, so liegt es sehr nahe, daß die Betrogenen sich an den Staatsanwalt wenden, um die Erhebung der Anklage zu fordern und daß sich dann die Sache von unten nach oben bewegt. Wollte aber der Justizminister von vornherein mit solchen Anweisungen kommen, so wäre zu fürchten, daß dies zu einem unberechtigten Eingriff der Staatsanwaltschaft in die Privatverhältnisse führen könnte.

Abg. v. Rauchhaupt: Der ganze Etat macht den angenehmsten Eindruck. Vor Allem freue ich mich über die Dotationen der Provinzen, jetzt haben wir nicht mehr Ursache auf Hannover neidisch zu sein. Die Angriffe des Abg. Richter zerfallen meist in sich selbst; er wirft nur einen Zankapfel hin, den hoffentlich Niemand aufnehmen wird. Wir müssen es anerkennen, daß eine namhafte Schuldentilgung erzielt ist und doch ein Steuererlaß von 2½ Millionen gewährt wird. Die Steuerreform anlangend, sind wir mit dem Finanzminister einig in der Absicht, der untersten Stufe eine Erleichterung zu schaffen; über Einzelheiten, worin wir auseinandergehen, wird sich auch noch eine Verständigung erzielen lassen. Die Ziffer des Einkommens für die unterste Steuerstufe zu finden ist schwierig; entgegen dem Abg. Lasker möchte ich jedoch die Zahl 140 nicht erhöhen, sondern noch tiefer herunter gehen. Wenn nun nicht zu leugnen ist, daß bei der anerkannt günstigen Finanzlage des Staates vielseitig ein directer Steuererlaß gefordert wird, so müssen wir gerade das Land darüber aufklären, welchen großen Aufgaben der Staat zu genügen hat. Die Frage der Eisenbahnpolitik ist sehr streitig. Aber daß wir keinen Ueberschuß aus ihrer Verwaltung erzielt sehen, gereicht uns zur Genugthuung; die Eisenbahnen sollen ebenso wie Post und Telegraphie nur das Interesse des Publikums nicht aber den Gewinn im Auge haben. Wenn der Staat nach solchen Grundsätzen handelt, hoffe ich, daß der Geist des Materialismus immer mehr unterdrückt wird; dann werden auch die Einzelnen sich immer mehr von einem engherzigen Standpunkt lossagen und ihre Person für das Wohl der Gesammtheit einzusetzen bereit sein.

Die Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Richter, daß der Finanzminister Worte von ihm aus dem Zusammenhange gerissen und entstellt wiedergegeben habe. Er habe nicht gesagt, die preußischen Finanzen seien in der Wurzel vergiftet, vielmehr unsere günstige Finanzlage anerkannt; das habe er aber bemerkt: durch den Militäretat werde die Finanzpolitik in der Wurzel vergiftet. — Der Finanzminister will, da dem Vorredner die Aeußerung, er habe seine Worte entstellt, ungerügt gelassen worden, nichts erwidern, worauf Präsident v. Köller bemerkt, daß der Abg Richter nicht gesagt habe, entstellt, sondern entstellt wiedergegeben, ein Ausdruck, der durchaus parlamentarisch sei.

Der Antrag Richter's, den Etat des Hauses dem Vorstande zur Vorberathung zu überweisen, wird, nachdem Lasker bemerkt, daß der Widerspruch eines Mitgliedes die Abstimmung darüber ausschließe, durch den Widerspruch Heise's erledigt und die ganze Vorlage der Budget-Commission überwiesen.

Die Vorlage, betreffend die Dotation der Provinzial-Verbände, und der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der den Angehörigen der Reserve und Landwehr gewährten Beihilfen werden auf Wunsch des erkrankten Ministers des Innern von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Cautionen der Staatsbeamten. Abg. Roscher beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Commission, wogegen Abg. Simon v. Zastrow sich erklärt, da die Vorlage mit dem Reichsgesetze fast ganz übereinstimme und unverändert angenommen werden müßte. Abg. v. Saucken (Tarputschen) beantragt bei dieser Gelegenheit, die Justizcommission zu wählen und dieser die Vorlage zu überweisen, wofür sich auch Graf Winzingerode erklärt, indem er dabei auf die die Vorlage berührenden zahlreichen Petitionen hinweist. Das Haus entscheidet sich dafür, die Vorlage der zu wählenden Justiz-Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Antrag Bening betr. Ablösung der Reallasten der Provinz Hannover; dritte Berathung der Vorlagen, betr. das zur Eheschließung erforderliche Lebensalter und über die Aufhebung der auf den Betrieb des Abdeckereigewerbes bezüglichen Berechtigungen.)

Berlin 3. December. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Großherzoglich badischen Wirklichen Geheimen Rath und Kammerherrn Freiherrn von Woellwarth-Lauterburg den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse und dem Großherzoglich badischen Legations-Rath und Kammerherrn Freiherrn von Althaus, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Obersten z. D. Willerding, bisher Präses der Artillerie-Prüfungs-Commission, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse, dem Kammermusikus Kitzing zu Berlin den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse und dem Seiler und Stadtverordneten Reinhardt zu Glückstadt die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Ernannt sind: Der Königlich preußische Friedensrichter Hermann Schaefer in St. Goar zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Kaysersberg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Kaysersberg; der Königlich preußische Notar Christian Anton Hubert Wantzen in Simmern zum Notar für den Landgerichtsbezirk Saargemünd mit Anweisung seines Wohnsitzes in Saargemünd; der Königlich preußische Notar Mathias Feilzer in Zell a. d. Mosel zum Notar für den Landgerichtsbezirk Metz mit Anweisung seines Wohnsitzes in Metz; der Königlich baierische Obergerichtsschreiber Ludwig Krieger in Aschaffenburg zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Gebweiler mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gebweiler; der Königlich baierische Notar Philipp Metz in Kirchheimbolanden zum Notar für den Landgerichtsbezirk Straßburg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Straßburg. — Dem Notar Ludwig Joseph Gendre zu Maasmünster ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichs-Justizdienste ertheilt.

Se. Majestät der König hat den Ober- und Geheimen Regierungs-Rath Lentz zu Hannover zum Präsidenten der dortigen Finanz-Direction ernannt; dem Haupt-Steueramts-Rendanten Grochowsky in Uerdingen bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Rechnungs-Rath; und dem Pächter der Domäne Barkow, Oberamtmann Hardes, den Charakter als Amtsrath verliehen.

Der Privat-Docent Dr. Heinrich Koebner in Breslau ist zum außerordentlichen Professor in der medicinischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden.

Berlin, 3. Decbr. [Se. königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin] traf heute Früh 5½ Uhr mit der Hamburger Bahn hier ein, nahm kurzen Aufenthalt im königlichen Schlosse und setzte mit dem um 7¼ Uhr vom Görlitzer Bahnhof abgelassenen Extrazug die Reise behufs Theilnahme an der heute bei Königs-Wusterhausen stattgehabten Hofjagd fort. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 3. Dec. [Die Opposition im Herrenhause. — Graf Stolberg. — Dementi. — Obligatorische Civilehe. — Unterrichtswesen in Elsaß-Lothringen.] Sehr gespannt ist man auf das weitere Verhalten der Herrenhaus-Opposition; an ein Waffenstrecken der Ultra's ist jedenfalls nicht zu denken. Die „Kreuzzeitung" ruft bereits die Mitglieder der Fraction Stahl zu einer Vorbesprechung „der veränderten Situation gegenüber" zusammen. Der ganze Ton dieses Aufrufs läßt auf die Absichten einer energischen Kampfführung schließen. Man erfährt auch, daß Herr von Kleist-Retzow sich bereits eifrig bemüht, seine Freunde aus allen Provinzen zu den Verhandlungen heranzuziehen und unterliegt es keinem Zweifel, daß er das gewohnte Geschäft der Amendirung in der alten Weise wieder aufnehmen wird. Die Gegenpartei muß deshalb möglichst vollzählig auf dem Platze sein. Kann auch die Regierung hierzu nichts thun, so ist es um so mehr Pflicht der Presse und der öffentlichen Meinung, darüber zu wachen, daß keiner sich seiner Pflege entzieht. Schon früher verlautete, daß Graf Stollberg in Folge seiner Stellung als Herrenhaus-Präsident sein bisheriges Amt als Oberpräsident von Hannover niederlegen wollte. Wie man vernimmt, ist derselbe nunmehr beim Könige um seinen Abschied eingekommen und dürfte diesem Gesuch auch Folge gegeben werden, so schwer Graf Stolberg zu ersetzen sein wird. Es verdient erwähnt zu werden, daß derselbe sein Amt bis jetzt überhaupt nur auf Wunsch der Regierung weiter geführt hat. Das vielfach verbreitete Gerücht vom Rücktritt des Grafen Roon entbehrt jeder Begründung. Das Gesetz über die Civilehe ist nunmehr dem Staatsministerium vorgelegt, nachdem die betheiligten 3 Ressortminister sich über seine Fassung vollkommen verständigt haben. Man glaubt, daß dasselbe hier in kurzer Frist ohne weitere schriftliche Voten mündlich erledigt und alsdann dem Könige vorgelegt werden wird. Es handelt sich, wie nochmals versichert werden kann, um die obligatorische Civilehe. — Nach einer genauen Zählung beläuft sich die altconservative Partei auf 69, die neue conservative auf 44 und die Freiconservativen auf 39 Mitglieder; letztere beide Fractionen repräsentiren also mit 83 Mitgliedern eine compacte Masse, die den Nationalliberalen (mit 116 Mitgliedern) am nächsten kommt. Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes über das Unterrichtswesen in Elsaß-Lothringen zugegangen. Dasselbe stellt das gesammte niedere und höhere Unterrichtswesen unter die Aufsicht und Leitung des Staates. Zur Eröffnung von Schulen, zur Anstellung von Lehrern und zur Ertheilung von Unterricht ist die Genehmigung der Staatsbehörden erforderlich.

[Herr Peter Reichensperger] veröffentlicht in der „Germ." gegen den Canonicus Dr. Künzer folgende Erklärung:

Der Herr Canonicus Dr. Künzer hat für gut gefunden, in einem an den Grafen von Ballestrem gerichteten und veröffentlichten Schreiben eine angeblich von mir gemachte Aeußerung zu seiner Unterstützung anzurufen. Die betreffende Stelle lautet, wie folgt:

„Ueberdies ist die politische Haltung der Centrums-Fractionen gerade für uns Katholiken verhängnißvoll geworden, und es wird die Zeit kommen, da es den Meisten klar sein wird, daß die Bildung der Centrums-Fractionen ein politischer Fehler und die Anklammerung der Katholiken an dieselben ein Unglück gewesen, wie Herr Peter Reichensperger nicht lange vor jener Fractionsbildung im Hause des Herrn v. Savigny bei Tische in Beziehung auf die von dem geistlichen Rath Müller vorgeschlagene Bildung einer „katholischen" Fraction sehr richtig vorhergesagt hat."

Herr Künzer scheint um eine sachliche Argumentation sehr verlegen gewesen zu sein, indem er zu einem vor drei Jahren stattgefundenen vertraulichen Meinungsaustausch zurückgreift, welcher seine Ausführung nicht unterstützt, sondern widerlegt. Ich habe mich nämlich nicht erst beim Beginne der gegenwärtigen Legislaturperiode gegen die Neubegründung einer „katholischen Fraction", sondern schon vor vielen Jahren gegen die Fortführung dieser im Jahre 1853 provocirt gewesenen Fractions-Bezeichnung ausgesprochen, indem die Erfahrung mich gelehrt, daß die kirchenfeindlichen Parteien daraus einen Vorwand zu Angriffen und Verdächtigungen entnehmen. In Anerkennung dieser Thatsache ist denn auch nicht wieder eine „katholische Fraction", sondern die nach ihrem Programm und ihrer Zusammensetzung nicht confessionelle „Fraction des Centrums" gebildet worden. Allerdings zeigt es sich nunmehr, und das Schreiben des Herrn Künzer liefert einen neuen Beweis dafür, daß auch jene Thatsache in letzterer Beziehung keine Veränderung herbeigeführt hat, obgleich die in der „Centrums-Fraction" zusammengetretenen Abgeordneten oftmals dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck gegeben haben, daß auch verfassungstreue, für Wahrheit und Recht entschieden eintretende Nichtkatholiken sich möglichst zahlreich ihrer Fraction anschließen möchten.

Die Fraction des Centrums selber ist auch nicht im Gegensatze zu der königlichen Staatsregierung, sondern zu den in „liberalen Kreisen" nach Ausweis des sogenannten Klostersturmberichts bereits zu Ende der vorigen Legislaturperiode scharf hervorgetretenen kirchenfeindlichen Tendenzen gebildet worden, um im damaligen Einverständnisse mit der königlichen Staatsregierung den verfassungsmäßigen Rechtsbestand im Lande zu vertheidigen. Die königliche Staatsregierung selbst hat in der ersten Session des preuß. Abgeordnetenhauses auch kein Wort des Mißtrauens gegen jene Fractionsbildung laut werden lassen, und es bleibt daher trotz der Behauptungen des Herrn Künzer unerklärlich, wie die Centrumspartei die seitdem eingetretene Haltung der königlichen Staatsregiernng gegenüber der katholischen Kirche verschuldet haben könne. Noch unerklärlicher wird dies gegenüber der Thatsache, daß seitens der Staatsregierung wiederholt behauptet worden ist, daß die in Rede stehende Fraction gar nicht die Anschauungen der Mehrheit ihrer eigenen Glaubensgenossen vertrete.

Ich darf wohl die Erwartung hegen, daß diejenigen öffentlichen Blätter, welche das Schreiben des Herrn Künzer veröffentlicht haben, auch die gegenwärtige Erklärung aufnehmen werden.

Berlin, 1. December.

Peter Reichensperger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses.

[Marine.] Das deutsche Geschwader, bestehend aus S. M. Panzerfregatte „Friedrich Carl", S. M. Corvette „Elisabeth" und S. M. Kanonenboot „Albatroß", ist am 12. November cr. im Hafen von Porto grande — St. Vincent — angekommen. Es wurde beabsichtigt, am 14. ejd. m. die Reise nach Barbadoes fortzusetzen. Der Gesundheitszustand im Allgemeinen gut.

Essen, 28. November. [Bei den soeben beendeten Stadtverordnetenwahlen] sind von den 11 ausscheidenden Mitgliedern des Collegiums 5 wieder und 6 neu gewählt worden. Mit dem Resultat der Wahlen kann die liberale Partei in hohem Maße zufrieden sein, denn die sämmtlichen von derselben aufgestellten Candidaten sind mit glänzender Majorität gegen die Candidaten der Gegen- (clericalen oder nach der eigenen Bezeichnung derselben katholischen Volks-) Partei gewählt worden. Die Betheiligung war eine verhältnißmäßig sehr lebhafte.

Coblenz, 28. November. [Bei den heutigen Stadtrathswahlen] dritter Klasse siegten die Candidaten der liberalen Partei.

Dresden, 30. November. [Die zweite Kammer] war gestern zu einer vertraulichen Sitzung versammelt, in welcher der bekannte Zwischenfall bei Gelegenheit des königlichen Ehejubiläums (das taktlose Programm des Hofmarschallamts, wonach die Abgeordneten sich im Schloßkorridor den königlichen Festzug sollten ansehen dürfen) zur befriedigenden Erledigung gelangte. Es kam ein Schreiben zur Kenntniß der Abgeordneten, welches im allerhöchsten Auftrage das Gesammtministerium an das Präsidium der zweiten Kammer gerichtet hatte und worin ausgesprochen war, der König bedauere lebhaft, daß ein Mißverständniß habe Platz greifen können. Die Gesinnungen Sr. Majestät gegen die Stände des Landes seien diesen seit lange bekannt, sie wären und blieben fortwährend unverändert. Das Gesammtministerium hätte gewünscht, daß die für verletzend erachteten Stellen des Programms ihm näher bezeichnet worden wären, damit es sofort hätte nachweisen können, wie jede Absicht einer Mißachtung der Stände gänzlich fern gelegen und nur die allerdings „nicht glückliche Fassung" der oberhofmarschallamtlichen Bekanntmachung einem solchen Irrthum habe Raum geben können. Die dadurch herbeigeführte Erledigung der peinlichen Angelegenheit ward auf ausdrückliche Frage des Präsidenten von allen Anwesenden ausnahmslos als „völlig zufriedenstellend" anerkannt. (N. Z.)

Straßburg, 3. December. [Eisenbahn.] Eine kaiserliche Verordnung d. d. 20. November c. bestimmt, daß für die zum Bau der Eisenbahn von Kolmar nach dem Rheine erforderlichen Terrainstrecken die Bestimmungen des Expropriationsgesetzes in Kraft treten sollen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

December 3. 4.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	328''',37	328''',09	327''',49
Luftwärme	+ 11°,3	+ 7°,4	+ 4°,8
Dunstdruck	3''',86	3''',27	2''',72
Dunstsättigung	73 pCt.	85 pCt.	89 pCt.
Wind	SW. 1	S. 2	SO. 1
Wetter	wolkig.	heiter.	trübe.

Breslau, 4. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 8 Z. U.-P. — F. 11 Z.

Berlin, 3. Decbr. Die Stimmung der Börse hatte sich nicht unwesentlich gegen die Tage zuvor gebessert, doch fand das keineswegs in der Vergrößerung der Umsätze Ausdruck; das Geschäft blieb in den meisten Fällen sehr beschränkt und eine entschiedene Ausnahme machten eigentlich nur Franzosen, für die ohne bestimmt erkennbaren Grund plötzlich eine lebhafte Kauflust sich eingestellt hatte. Im Ganzen verhielt sich die Börse auch heute abwartend, und mag diese Tendenz durch die etwas knapper sich gestaltenden Geldverhältnisse hervorgerufen worden sein. Der Wochenausweis der Preußischen Bank war in seinen Einzelnheiten noch zu wenig bekannt, als daß man aus der erheblichen Vermehrung des Notenumlaufs eine ungünstige Entwickelung des Geldverkehrs hätte folgern können, in unterrichteten Kreisen legt man der Vergrößerung der Lombardbestände kein größeres Gewicht bei und hegt die Ansicht, daß dieselben durch den Ultimobedarf heraufgeschraubt, bereits im nächsten Ausweis eine bedeutende Verminderung zeigen werden. Die Speculations-Papiere, gleich anfänglich höher, konnten auch während der Börse eine weitere Coursbesserung durchsetzen, Staatsbahn ging sehr rege um und blieben bis zum Schluß steigend. Auch in österreichischen Creditactien war der Verkehr von ziemlichem Belang, während Lombarden vernachlässigt blieben. Von anderen österreich. Bahnen zeigten sich Galizier zum notirten Cours gesucht. Oesterreichische Fonds fest und ziemlich lebhaft. Von auswärtigen Fonds war in Italienern, in Tabaks-Actien und in franz. Rente recht lebhaftes Geschäft bei fester Haltung. Amerikaner höher, auch Türken zogen an. Von russischen Staatspapieren traten nur Bahnen in besseren Verkehr. Still, aber ziemlich fest blieb das Geschäft in preuß. Fonds, Course wenig verändert. Pfandbriefe auch heute lebhafter. Von Prioritäten gingen nur geringfügige Beträge um. Auf dem Eisenbahnactien-Markte vermochte ebenfalls die bessere Stimmung nicht, ein regeres Geschäft zu introduciren; theilweise stellten sich die Course etwas höher, auf Rhein. und Köln-Mind. concentrirte sich vorzugsweise die Kauflust, doch bleibt der Verkehr trotzdem wenig umfangreich. Görlitz zu herabges. Course begehrt, Oberschl. ebenfalls niedriger, Rumänien besserten ihren Cours, ebenso zogen Mastrichter und Nahebahn etwas an. Für Preuß. Bahnen war auf Prämie viel Begehr und das Geschäft daher nicht unbedeutend. Bankactien meist sehr still, behaupteten sich aber recht gut. In Wechselstuben, Berliner Handelsgesellschaft und Commerzbank fand größerer Verkehr statt, auch Berliner Bankverein gut belebt, desgleichen Braunschweiger Credit. Wiener Maklerbank bedeutend höher. Hamburger Bankverein 123—124 bez. und Geld, Hallesche Credit 102¾, Baseler Bankverein 110 Brief, Dresdener Handelsbank 105 bez., Warsch. Disc. 102, Wiener Arbitr. 123½ bez. Industriepapiere schwach belebt. Reger gingen Façonschmiede, Mattisson, Aachen-Höngener um. Bochumer Gußst., Laura, Mechernicher höher, desgl. Deutsche Eisenbahnb., Ritterburg 112½—114½, Mosgau Silberwaaren 100½—101 Post bez. u. Gd., Rathenower Optische Industrie-Anstalt 107½ bez. u. Gd., Charlottenburger Baugesellschaft 105½ bez. u. Gd., Dortmunder Brauerei 78 Br., Globus 105½ bez. u. Gd., Schönfärberei (Thiele und Seegers) 103¾ bez. u. Gd. (Bank- u. H.-Z.)

B. **Stettin**, 3. Decbr. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: schön. Temperatur + 6° R. Barometer 27" 10'''. Wind: SW. — Weizen matt, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 51—59 Thlr. bez., besserer 60—70 Thlr. bez., feiner 76—82 Thlr. bez., pr. December 82 Thlr. bez., pr. Frühjahr 82½—¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni dito. — Roggen matt, pr 2000 Pfd. loco russ. 52—54½ Thlr. bez., inländ. 53—56 Thlr. bez., pr. December 55⅜, ¼ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 55½ Thlr. bez., pr. Frühjahr 56⅛—56 Thlr. bez, pr. Mai-Juni 55⅞ Thlr. bez. — Gerste still, pr. 2000 Pfd. loco 50—57 Thlr. bez. — Hafer matt, pr. 2000 Pfd. loco 38—44 Thlr. bez., pr. Frühjahr 45¾ Thlr. bez. — Erbsen still, pr. 2000 Pfd. loco 42—47 Thlr. bez. — Winterrübsen ohne Handel. — Rüböl fest, pr. 200 Pfd. loco 23¼ Thlr. Br., pr. December 22⅞, ¾ Thlr. bez. u. Br., pr. April-Mai 23⅚ Thlr. bez., pr. September-October 24 Thlr. Gld. — Spiritus matt, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß 18½, ⅜ Thlr. bez., mit leihweisen Gebinden 18½ Thlr. bez., mit Faß 18½ Thlr. bez., pr. December u. December-Januar 18⅙, ⅛ Thlr., pr. Januar u. Januar-Februar 18⅟₁₂ Thlr. Br. u. Gld., pr. Frühjahr 18⁷⁄₁₂, ½, ⁷⁄₁₂ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 18⅚ Thlr. bez. — Petroleum loco 7⅙ Thlr. Br., pr. December, December-Januar 6¹¹⁄₁₂ Thlr. bez., 7 Thlr. Br., pr. Januar-Februar 7⅟₁₂ Thlr. Br., pr. Februar-März 7 Thlr. Br.

Angemeldet: 1000 Ctr. Weizen.

Regulirungspreise: Weizen 82, Roggen 55¼, Rüböl 22¾, Spiritus 18⅙ Thlr.

Posen, 3. December. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogr.) fest. Kündigungspreis 54¾. Gek. — Wspl., December 54¼ bez. u. Br., December-Januar 54¼ bez. u. Br., Januar-Februar 55 bez. u. Gld., Frühjahr 55½ bez. u. Br., April-Mai 55½ Gld., Mai-Juni 55¾ Br. — Spiritus: (pro 10,000 Liter %) unverändert. Kündigungspreis 17⅞. Gek. — Liter. December 17⅞ bez. u. Gld., Januar 17¹¹⁄₁₂ G., Februar 18 bez. Br. u. G., März 18⅟₁₂ bez. u. Br., April 18⅙ bez. u. G., April-Mai 18⅓ G., Mai 18½ bez. u. Br., Juni 18⅓ G., Juli 18⅞ bez. u. G.

Posener Markt-Bericht. Weizen: fest, pro 1050 Kilogramm feiner 92—96 Thlr., mittel 85—88 Thlr., ordinär und defect 75—80 Thlr. — Roggen: höher, pr. 1000 Kilogramm feiner 58—60 Thlr., mittel

55⅛—56⅛ Thlr., ordinär 53—54 Thlr. — Gerste niedriger, pr. 925 Kilogr. feine 47—49 Thlr., mittel und ordinär 44—45 Thlr. — Hafer: matter, pr. 625 Kilogr. feiner 28⅛—29⅛ Thlr., mittel u. defect 25—27 Thlr. — Erbsen: ohne Angebot, pro 1125 Kilogr., Koch-Erbsen 54—56 Thlr., Futter-Erbsen 48—50 Thlr. — Lupinen: offerirt, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—34 Thlr., blaue 28—30 Thlr. — Wicken: pr. 1000 Kilogr. —, — Oelsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr., Rips — Thlr. — Leinsaamen: ohne Umsatz, pro 50 Kilogramm 78—82 Thlr. — Buchweizen: in feiner Waare begehrt, pr. 875 Kilogr. 46—50 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Bedeckt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 3. December, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 53, 00. Anleihe de 1871 83, 42½. Anleihe de 1872 85, 77½. Italienische 5proc. Rente 68, 25, dto. Tabaks-Oblig. 892, 50. Franzosen (gestplt.) 798, 75. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien —, —. do. neue —. Oesterr. Nordwestbahn 515, 00. Lombard. Eisenbahn-Actien 467, 50, do. Prioritäten 258, 00. Türken de 1865 54, 70. do. de 1869 322, 50. Türkenloose —, —. Neueste türkische Loose —, —. 6procent. Ver. St. pr. 1882 (ungest.) —, —. Goldagio —, —. Franz.-österr.-ungar. Bank —, —. Fest.

London, 3. December, Nachmittags 4 Uhr. Consols 91 11/16. Spanier —. Italien. 5procent. Rente 66⅝. Lombarden 18¼. Mexikaner — —. 5procent. Russen de 1862 92. 5procent. Russen de 1864 96. Silber 59⅜. Nordd. Schatzscheine —, —. Französische Anleihe Morgan —, —. Türk Anleihe de 1865 53⅝. 6procent. Türk. Anleihe de 1869 62 15/16. 6proc. Verein. St. pr. 1882 90⅛. Platzdiscont — pCt. — Günstig.

Wechselnotirungen: Berlin 6, 26⅝, Hamburg 3 Monat lang 20, 67. Frankfurt a. M. 120½. Wien 11 Fl. 22 Kr. Petersburg 31⅝.

Frankfurt a. M., 3. December, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Berliner Wechsel 105. Hamb. Wechsel 86¾. Lond. Wechsel 119. Pariser Wechsel 92⅞. Wiener Wechsel 107⅝. Franzosen alte*) 366⅛. do. neue 268. Hessische Ludwigsbahn 183½. Böhmische Westbahn 258¼. Lombarden*) 215½. Galizier*) 251¼. Elisabethbahn 268¼. Nordwestbahn 233¾. Elbthal 197. Gotthardbahn 104⅞. Oberhessen 77⅜. Albrechtsbahn-Act. 187¼. do. Prioritäten 86. Oregon 49. Creditactien *) 365¾. Bayr. Prämien-Anleihe 112. do. Mil.-Anleihe 100¼. Neue Badische 102⅞. 1872er russisch-engl. Anleihe vollbez. 89 00. do. nicht vollbez. — Russ. Bodencred. 91¾. Neue Russen 90⅛. Türken 51¼. Silberrente 64¾. Papierrente 61⅛. Minden-Loose 95⅝. 1860er Loose 95½. 1864er Loose — —. Ungarische Anl. 77. do. Loose 110¼. Raab-Grazer Loose 82⅜. Gömörer 84¼. Bundes-Anleihe 100⅛. Amerikaner de 1882 96⅝. Darmstädter Bankactien 562. Meininger Bank 167¾. do. neue 158⅛. Schuster-Gewerbebank 152¾. Süddeutsche Bodencredit 112⅞. Deutsch-österreichische Bank 131½. Ital.-deutsche Bank 124. Franco-holl. Bank —. Franz.-ital. Bank 97½. Central-Pfandbr. 95¾. Prov.-Disc.-Gesellschaft 185. Brüsseler Bank 121¼. Berl. Bankverein 167¾. Leipz. Vereinsbank 102½. Frankf. Bankverein 170¼. do. Wechslerb. 113½. Centralbank 120¼. Antwerpener Bank 120⅜. Englische Wechslerb. 55½. Baltischport 87⅛. Newyork. 6proc. Anl. 95⅜. South Eastern 72. Kont.-Eisenbb. 118¼. Hahn Effectenbank 137. Wiener Unionbank 301. Frankfurter Baubank 107⅞. Oesterr. Nationalbank 1054. Fest aber still. Rjäsbsk-Wjäsma Eisenbahn 88½. Franz.-österreich.-ungarische Bank 112½.

*) pr. medio resp. pr. ultimo.

Frankfurt a. M., 3. Decbr., Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 96⅝, Creditactien 365½, 1860er Loose 95 11/16, Franzosen 366¾, Galizier 250, Lombarden 215¼, Silberrente 64⅞, Oesterr. Nationalb. — —, Hahn'sche Effectenbank 137, Staatsbahn —, —, Neue Staatsbahn — —, Brüsseler Bank —, —, Continentale —. Frankfurter Bankverein 170⅞. — Fest.

Hamburg, 3. December, Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. Thaler 148¾. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 98. Silberrente 65½. Oesterr. Credit-Actien 316. Oesterreich. 1860er Loose 96¾. Franzosen 787. Raab-Grazer Loose 84½. Lomb. 462. Ital. Rente 65½. Vereins-Bank 128¼. Hahn'sche Effectenbank 139. Commerzbank 133⅞. Norddeutsche Bank 195½. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 187. Anglo-deutsche Bank 140. Dänische Landmannbank 102. Wiener Unionsbank 260. 1864er Russische Prämien-Anleihe 123½. 1866er Russische Prämien-Anleihe 122½. Amerikanische de 1882 92⅝. Disconto 4 pCt. Officieller Discont — pCt. Nordwestbahn 502. Dortmunder Union 190½. Anglo-deutsche neue 122½. — Fester.

Wechselnotirungen: London lang 13 Mk. 7⅞ Sch., London kurz 13 Mk. 11 Sch., Amsterdam 35, 83, Wien 82⅛, Paris 189¾, Petersburg 28¾.

Hamburg, 3. December, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco preishaltend, auf Termine ruhig. Weizen pr. December 127pfd. pr. 1000 Kilo netto in Mk. Bco. 167 Gd., pr. December-Januar 127pfd. pr. 1000 Kilo netto in Mk. Bco. 167 Gd., pr. April-Mai 127pfd. pr. 1000 Kilo netto in Mk. Bco. 164 Gd. Roggen pr. December 1000 Kilo netto in Mk. Bco. 110 Gd., pr. December-Januar 1000 Kilo netto in Mk. Bco. 110 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto in Mk. Bco. 112 Gd. — Hafer preishaltend. — Gerste still. — Rüböl still, loco 25¼, pr. Mai 25. — Spiritus still, pr. 100 Liter 100 pCt., pr. Decbr. 16¼, pr. Decbr.-Januar 16, pr. April-Mai 15¾ preußische Thaler. — Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 14⅝ Br., 14½ Gd., pr. Decbr. 14½ Gd., pr. Januar-März 14½ Gd.

Liverpool, 3. December, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Tages-Import 19,000 B., davon 14,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 3. December, Vormittags 10 Uhr 39 Min. [Baumwolle.] Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Sehr ruhig, Preise unverändert. Tages-Import 19,385 Ballen, davon 13,881 B. amerikanische. Orleans December-Januar-Verschiffung 9⅝, amerikanische aus irgend einem Hafen 9⅜, October-November-Verschiffung 9 9/16 D.

Liverpool, 3. Decbr., Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) 12,000 B. Umsatz, davon für Speculation und Export 2000 B. Fest.

Middl. Orleans 10⅜, middl. amerikanische 9 15/16, fair Dhollerah 6 15/16, middl. fair Dhollerah 6½, good middl. Dhollerah 6, middl. Dhollerah 5⅜, fair Bengal 5, fair Broach 7⅛, new fair Domra 7 5/16, good fair Domra 7¾, fair Madras 6⅜, fair Pernam 9⅞, fair Smyrna 7⅞, fair Egyptian 9⅞.

Manchester, 3. Decbr., Nachm. 12r Water Armitage 9¾, 12r Water Taylor 11½, 20r Water Micholls 13¼, 30r Water Gidlow 15, 30r Water Clayton 15½, 40r Mule Mayoll 14¼, 40r Medio Wilkinson 15½, 36r Warpcops Qualität Rowland 15, 40r Double Weston 16½, 60r Double Weston 19, Printers 16/16 34/50 8½ pfd. —. — Gutes Geschäft zu vollen Preisen.

Petersburg, 3. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monat 32 23/32, do. auf Hamburg 3 Monat 277⅝. do. auf Amsterdam 3 Monat — —, do. auf Paris 3 Monat 348¾, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 152⅝, 1866er Prämien-Anleihe (gestplt.) 149⅝. Imperials 6, 07, Große Russische Eisenbahn 139.

Petersburg, 3. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 49½, pr. Aug. 51½. Weizen —, pr. Mai 13. Roggen loco —, Mai 7, 40. Hafer Mai-Juni 4, —. Hanf Juni —. Leinsaat (9 Pud) loco —, Mai 13½.

Königsberg, 3. December, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen still. Roggen matt, loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 50½, pr. December 49⅙, pr. Frühjahr 51⅙, pr. Mai-Juni 51⅓ Thlr. Gerste sehr ruhig. Hafer matt, loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. 38⅔, pr. Frühjahr 41⅓, pr. Mai-Juni 42 Thlr. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 45⅙ Thlr. — Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 18⅙, pr. December 18, pr. Frühjahr 18⅝ Thlr. — Wetter: Nebelig.

Danzig, 3. December, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen flau, bunter pr. 2000 Pfd. Zollgew. 80—81, hellbunter 82—83, hochbunter und glasig 83—84, 126pfd. per December 82, per April-Mai 83 Thlr. Roggen flau, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. inländischer 52⅓, do. polnischer —, 120pfd. pr. December 50, pr. April-Mai 54 Thlr. — Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 46—47, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 48—53 Thlr. — Weiße Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 44—45, do. Futter-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 43 Thlr. — Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 39 Thlr. — Spiritus 100 Liter 100 pCt. loco 18 Thlr. — Wetter: Nebel.

Köln, 3. December, Nachmittag 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen fest, hiesiger loco und fremder loco 8, 15, pr. März 8, 7, pr. Mai 8, 6. Roggen matt, loco 5, 25, pr. März 5, 11½, pr. Mai 5, 13. Rüböl fest, loco 13, pr. Mai 12 19/20, pr. October 12 9/10. Leinöl loco 13. — Wetter: Schön.

Paris, 3. Decbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] Rüböl fest, pr. December 99, 25, pr. Januar-April 100, 25, pr. Mai-August 100, 50. — Mehl fest, pr. December 71, 00, pr. Januar-April 68, 75, März-April 69, 00. — Spiritus pr. December 58, 00. — Wetter: Veränderlich.

Liverpool, 3. December, Nachm. [Getreidemarkt.] Weißer Weizen 1 D., Mais 3 D. billiger. Mehl flau.

Antwerpen, 3. December, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt. Roggen unverändert, Odessa 19. Hafer stetig. Gerste gefragt, Oran 19½.

Antwerpen, 3. December. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 52 bez., 52½ Br., pr. December 52 Br., pr. Januar 53 bez. und Br., pr. Januar-März und pr. Februar 54 Br. — Weichend.

Amsterdam, 3. December, Nachm. 4 Uhr 15 Min. [Getreidemarkt.] Schlußbericht.) Roggen per März und pr. Mai 204. — Wetter: Regen.

Bremen, 3. December. Petroleum ruhig, Standard white loco 21 Mk. 50 Pf. Br.

Newyork, 2. December., Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London in Gold 108½. Gold-Agio 12¾. Bonds de 1885 5/20er 113¼. do. neue 110. Bonds de 1865 116. Illinois 127¼. Erie-Bahn 53. Baumwolle 19¼. Mehl 7,30. Raff. Petroleum in New-York 27½. do. in Philadelphia 26¾. Havanna-Zucker Nr. 12 10½. — Rother Frühjahrsweizen —.

Berliner Börse vom 3. December 1872.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	5	140⅛ bz.
do. do.	2 M.	5	139 G.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	3	148¾ bz.
do. do.	2 M.	3	147½ G.
London 1 Lst.	3 M.	6	6.21¼ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	6	92¼ B. ⅛ G.
do. do.	2 M.	6	91¼ B. ⅞ G.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56.18 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	5½	99¾ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	89½ G.
Warschau 90 SR.	8 T.	6	82⅛ bz.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Nordd. Bundes Anl.	5	— —
Freiw. Staats-Anleihe	4½	100⅞ bz.
Staats-Anleihe v. 1859	5	— —
dito 1854/55	4½	100⅞ bz.
dito 1856/57/59/64	4½	100⅞ bz.
dito 1867/68	4½	100⅞ bz.
dito consolid.	4½	102¾ bz.
dito 1850/52	4	94⅝ bz.
dito 1853	4	94⅝ bz.
dito 1862	4	94⅝ bz.
dito 1868	4	94⅝ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	89⅞ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	124⅝ G.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	100⅛ bz.
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	95 bz.B.
Pfandbriefe. Berliner	4½	98⅝ B.
Pfandbriefe. Central-Boden-Cr.	5	101 B.
Pfandbriefe. do. Unkündb.	5	100½ bz.G.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	82½ B.
Pfandbriefe. Posensche	4	90⅛ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	83½ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95¾ G.
Rentenbriefe. Pommersche	4	95⅞ B.
Rentenbriefe. Posensche	4	93½ bz.
Rentenbriefe. Preussische	4	93⅞ bz.
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	97½ B.
Rentenbriefe. Sächsische	4	95¾ G.
Rentenbriefe. Schlesische	4	93⅞ G

Kurh. 40 Thlr.-Loose — —
Oldenburger Loose 37 G.

Louisd'or — —	Dollars 1.11½ G.
Sovereigns 6.23¾ bz.	FrmdBkn. 99¾ bz.
Napoleons 5.11⅛ bz.	Oest. Bkn. 92½ bz.
Imperials 5.16½ G.	Russ. Bkn. 82⅛ bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	64⅞ bz.B.
do. Papierrente	4⅕	61¼ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	95⅝ bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	94¾ bz.
do. Credit-Loose	—	120 bz.B.
do. 64er Loose	—	94 bz.
do. Silberpfandbr.	5½	82 bz.G.
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	92 G.
Wiener Silberpfandbr.	5½	88 G.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	129½ bz.
do. do. 1866	5	127 bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	91½ bz.G.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	75⅜ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	76½ B.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	64¾ G.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97 bz.G.
do. do. p. 1885	6	98⅜ bz.
do. 5% Anleihe	5	95½ bz.
Badische Präm.-Anl.	4	109½ bz.
Baiersche 4% Anleihe	4	112½ B.
Französische Rente	5	82 bz.G.
Ital. neue 5% Anleihe	5	65⅜ bz.
Ital. Tabak-Oblig.	6	93¼ B.
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	82⅞ bz.B.
Rumänische Anleihe	8	— kl 97½ [bz.
Türkische Anleihe	5	51⅝ bz.

Badische 35 Fl.-Loose 39⅝ et bz.B.
Braunschw. Präm.-Anl. 22⅞ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9¼ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	99 bz.G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	81½ G.
do. do. VI.	4½	97½ B.
do. Nordbahn	5	101⅞ bz.B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	— —
do. do. G.	4½	97¾ bz.
do. do. H.	4½	97¾ bz.
Cöln-Minden III.	4	89 B.
do. do. do.	4½	99 bz G.
do. do. IV.	4	89 G.
do. do. V.	4	89 bz.G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	91½ G.
do. do. III.	4½	99½ bz.
do. do. IV.	4½	99½ bz.
do. do.	5	102¼ bz.G.
Märkisch-Posener	5	100¾ B.
Ndrschl.-Märkische	4	92 G.
do. do. III.	4	89¾ B.
do. do. IV.	4½	101¾ B.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	101 B.
do. do. D.	5	101 B.
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	89 bz.G.
do. E.	3½	81¾ B.
do. F.	4½	98½ G.
do. G.	4½	98 G.
do. H.	4½	98¼ bz.
do.	5	101½ bz
do. Brieg-Neisse	4½	97¼ B.
Ostpreuss. Südbahn	5	101 G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101⅜ bz.G
Schlesw. Eisenbahn	4½	96¼ bz.
Stargard-Posen III. Em.	4½	— —
Lemberg-Czernowitz	5	67¼ bz.
do. do. II.	5	77⅜ bz.
do. do. III.	5	68⅞ B.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	93 bz.B.
do. do. neue	5	90¼ B.
Kaschau-Oderberg	5	85⅛ bz.B.
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	86 B.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	81¾ G.
Oesterr.-Französische	3	289⅛ bz.
do. do. neue	3	276⅞ bz
do. südl. Staatsbhn.	3	251 bz.G.
do. neue	3	249¼ bz.B.
do. Obligationen	5	86 B.
Chemnitz-Komotau	5	90⅜ bz.
Prag-Dux	5	84½ G.
Dux-Bodenbach	5	86 B.
Rockford Rock Island	7	33 bz.B.
Ung. Nordostbahn	5	78 et bz.G.
Ung. Ostbahn	5	69⅞ bz.
Warschau-Wien II.	5	94¾ G.
do III.	5	94½ G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1870	1871	Zf.	
Aachen-Mastricht	3/5	3/5	4	46 bz
Berg.-Märkische	8	7½	4	136 bz.
Berlin-Anhalt	16	18½	4	224 bz G.
Berlin-Görlitz	1	0	4	107¼ bz.
Berlin-Hamburg	10	10¾	4	238 G.
Berl.-Potsd.-Magd.	20	14	4	157 bz G.
Berlin-Stettin	9⅙	11 5/12	4	186 et bz G.
Böhm. Westbahn	7½	8¼	5	110½ B.
Breslau-Freib.	7½	9½	4	132 bz
de. neue	—	—	5	118 bz.B.
Cöln-Minden	10½	11⅕	4	173¾ bz.
do. do. neue	5	5	5	112¼ bz G.
Dux-Bodenbach B.	—	5	5	66 G.
Gal. C.-Ludw.-B.	8	8½	5	106¾-7 bz.
Halle-Sorau Guben	4	4	4	64⅛ bzG.
Hannover-Altenb.	5	5	5	78⅝ bz.
Kaschau-Oderberg	5	5	5	87 G
Kronpr.-Rudolfb.	5	5	5	79½ bz G.
Ludwigsh.-Bexb.	9 9/10	11¾	4	199 G.
Märk.-Posener	2	0	4	54 et bz. B.
Magdeb.-Halberst.	8⅜	8½	4	137½ bz.
Magdeb.-Leipzig	12	16	4	276¾ bz. G.
do. Lit. B.	4	4	4	99¾ bz
Mainz-Ludwigshaf.	9½	11	4	183½ bz.G
Ndrschl.-Märk.	4	4	4	95 B.
Ndrschl.-Zweigb.	6	5	4	110½ G.
Oberschles. A. u. C.	12⅜	13⅜	3½	227½ bz. G.
do. B.	12⅜	13⅜	3½	201½ bz
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	12	5	208¾ à 9⅞ bz
Oester.-Nordwestb	5	5	5	133⅝ à ¼ bz
Oestr. südl. St.-B.	3	4	5	122½ à ½ bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	43½ bzG.
Rechte O.-U.-Bahn	4	3	5	133 bz. G.
Reichenberg-Pard.	4 2/7	4 2/7	4½	79¾ bz.
Rheinische	8⅖	10	4	173⅞ bz.G
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	46 bz.
Rumän. Eisenb.	—	5⅘	5	44⅛-¼ bz.
Schweiz. Westbahn	⅖	2	4	50⅜ bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100¾ bz.
Thüringer	9	10½	4	154 bzG.
Warschau-Wien	12	12	5	89⅞ B.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	105⅞ bz G.
Berlin Nordbahn	—	—	5	71⅞ bz
Breslau-Warschau	5	5	5	66¾ bz.G
Halle-Sorau Guben	5	5	5	82 bz. G.
Hannover-Altenb.	5	5	5	90 bz G.
Kohlfurt-Falkenb.	—	—	5	90¾ bz
Märk.-Posener	5	0	5	80 bz.
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	83¼ bz. B.
Ostpr. Südbahn	0	0	5	67½ B.
Rechte O.-U.-Bahn	5	5	5	130½ bz G.

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	—	5	136½ bz.
Berliner Bank	—	15	4	130 bz. G.
Berl. Bankverein	—	16	5	168 bz. G.
Berl. Kassen-Ver.	12	12⅖	4	300 B.
Berlin. Hand.-Ges.	9	12½	4	159½ bz.
Berl. Lombard-Bk.	—	5	5	96 B
Berl. Makler-Bank	—	25⅜	4	117½ bz
Berl.Prod.-Makl-B.	—	—	5	103 B.
Berl.Wechslerbnk.	—	12½	5	71 bz
Braunschw. Bank	8½	8½	4	129½ et bz.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	8	13	4	140⅞ bz
do. neue	—	—	4	131¼ bz G.
Bresl.Handels-Ges.	—	—	5	— —
Bresl. Maklerbank	—	—	5	173 bz
BreslMakl-Ver-Bk	—	—	5	144 B.
BrProvWechslerB.	—	—	5	122 B.
Brsl. Wechslerbnk.	—	12	4	147¼ bz. G.
Centr.-Bk. f. Genos.	—	12	4	148¾ bz. G.
CoburgerCred.-Bk.	5½	10¼	4	115 bz
Danziger Priv.-Bk.	6½	7	4	116 et bz. G.
Darmst. Creditb.	10	15	4	222⅝ bz.
Darmst.Zettelbank	6¾	8	4	119 et bz.
Dessauer	0	—	fr.	14⅜ et bzG.
Deutsche Bank	5	8	4	114 bz. G.
DeutscheUnionsbk	—	11½	4	116½ bz. G
Disc.-Com.-A.	13	24	4	348 et bz G.
Genfer Bank	0	—	fr.	7 B.
Genossensch.-Bnk.	6⅖	10¾	4	151 G.
do. junge	—	—	4	143¼ bz. G.
Gewb.Schusteru.C.	7	10⅝	4	151½ bzG.
Goth.Grundcred.-B	8¼	9	4	117⅜ bz. B.
Hamb. Nordd.-Bk.	11½	12⅗	4	190 bzB.
do. Vereins-Bk.	11¼	11¼	4	126 bz.G.
Hannover'sche do.	5⅕	5⅗	4	114 B.
Königsberger do.	—	11	4	109½ bz G.
do. junge	—	—	4	104½ B.
Landw.-B.Kwileck	14	—	5	— —
do. junge	—	—	5	— —
Leipz. Credit-Bnk.	8½	11	4	135 bz.G.
Luxemburger do.	10	12	4	155 bz B.
Magdeburger do.	6 1/10	5⅘	4	109 bz G.
Meininger do.	10	12	4	166⅞ bz.
Moldauer Lds.-Bk.	5½	6	4	— —
Ndrschl.Cassenver.	10	12	5	130 G.
Nordd. Grundcr.-B	4	8	4	124¼ bz.G.
Oberlausitzer Bnk.	—	10¾	4	111 bz
Oest. Credit-Actien	14 1/20	17½	5	208½-¾ bz
Ostdeutsche Bank	—	—	4	111 bz B.
OstdProducten-Bk	—	—	5	95 et bz.
Posener Bank	7¼	6⅘	4	113½ G.
Preuss. Bank-Act.	11¾	12 3/10	4½	228 bz.G.
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B	8¼	14	4	271½ bz. G
Pr.Central-Bod.Cr.	7	9½	5	133⅝ bz.
Prov-Wechsler-Bk	—	—	5	— —
Sächs. B. 60% I. S.	9	10	4	187¾ B.
Sächs. Cred.-Bank	—	11	4	148¾ bz B.
Schles. Bank-Ver.	8	12	4	176 bz.
Thüringer Bank	5	9	4	142¼ bz. G.
Ver.-Bk. Quistorp.	8	15	5	200 et bz B.
Weimar. Bank	5½	7	4	127 bz.G.
WienerUnionbank	—	—	5	171⅛ bz. G.
Berl.Eisenb.Bed-A	14	10½	5	190 et bz.
Görlitzer do.	6	0	5	86¾ G.
Oberschles. do.	—	6	5	167 bz.
Märk.Schl Masch-G	—	—	5	75 bz.
Nordd. Papierfabr.	—	8 1/10	5	98 bz.
Westend, Comm-G.	9	16	5	205 bz. G.
Bresl. Bierbrauerei	—	—	5	79 B.
Bresl.E-Wagenbau	—	7	5	97 G.
Hoffm's Wagg.Fab.	—	—	5	87 G.
S. Act. Br. (Scholtz)	—	9	5	95 bz G.
Schl. Leinenindust.	—	—	5	107¾ bz.
Schl. Tuchfabrik	9½	10	5	108 bz.G.
do. Wagenb.Anst.	—	11	5	89½ G.
Königs- u. Laurah.	—	12¼	5	239 bz G.
Marienhütte	—	—	5	122 G.
Minerva	0	0	5	64⅞ bz
Redenhütte	—	—	5	126¼ bzB.
Schles. Zinkh.-Act.	4½	6	5	115½ bz B.
do. St.-Pr.-Act.	4½	6	4½	115 bz.
Tarnowitz. Bergb.	5	9	fr.	299¾ bz. G.
Hyp.Pfdb.d.Pr.Bod	—	—	fr.	101¾ bz.
Pomm.Hyp.-Briefe	—	—	5	101 bz.
Goth.Präm.-Pfndb.	—	—	5	104¾ bz.
MeiningerPrämPfb	—	—	4	93½ B.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	10⅕	12	4	120¼ B.
Schles. Feuervers.	12½	20	4	134 B.

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Bern, 3. December. Der Nationalrath hat in seiner heutigen Sitzung sämmtliche Wahlen mit Ausnahme der im Canton Tessin und der Wahl Sprecher's (Graubünden) für giltig erklärt. Ueber diese letzten Wahlen wird eine Commission erst Bericht erstatten, die betreffenden Gewählten behalten inzwischen ihren Sitz in der Versammlung. Bei der darauf folgenden Präsidentenwahl wurde der bisherige Vicepräsident Sand im ersten Scrutinium mit 91 von 114 Stimmen zum Präsidenten und Desor mit 75 von 116 Stimmen zum Vicepräsidenten gewählt.

Versailles, 3. Decbr. Die Nationalversammlung nahm sämmtliche Positionen des Budgets des Kriegsministeriums und die 49 ersten Positionen des Budgets des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten an. Kein besonderer Zwischenfall.

Konstantinopel, 2. December. Das gegenwärtige Cabinet, dessen Stellung bereits erschüttert schien, soll sich wieder befestigt haben; nach Beendigung des Beiramfestes hat der Sultan den Ministern seine ausdrückliche Befriedigung über die Behandlung und den Fortgang der Geschäfte zu erkennen gegeben.

Wien, 2. December. [Schlachtviehmarkt.] Nachdem die Lemberger Statthalterei die Einfuhr der während 50 Tagen in Nowoselica angehaltenen 4000 Ochsen endlich bewilligte, gestaltete sich die Zufuhr von Ungarn und den benachbarten Provinzen etwas geringer, enthielt jedoch eine bedeutende Anzahl guter Partien, welche zur Deckung des jetzigen Bedarfes genügend ausreichten.

Der Handel war bei normalem Zutrieb ziemlich lebhaft, vorwöchentliche Preise unverändert geblieben. Man notirte für Mastochsen (ca. 1400 St.) von Fl. 33—36.50, Weide-Ochsen von Fl. 30.50 bis Fl. 32.50, serbische und Büffelochsen von Fl. 28—31.50 und Contumaz-Ochsen von Fl. 28.50 bis 32 pro Ctr.

Der Zutrieb belief sich auf 3365 Ochsen, darunter 969 von Ungarn, 1300 von Rußland, 166 von Serbien, 115 Büffel, 218 von Galizien und 597 von der Umgebung.

Berlin, 3. December. Weizen loco 72—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität, gelber 83½ Thlr. ab Boden bez., pr. December 82¼—⅛ Thlr. bez., December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 82⅛—81¾ Thlr. bez., Mai-Juni 82—81⅝ Thlr. bez., — Roggen loco 55—60½ Thlr. gefordert, neuer 58½—59½ Thlr. bez., pr. December 56¾—⅞—⅝ Thlr. bez., December-Januar 56½—⅝—½ Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., April-Mai 56⅛—⅝—⅜ Thlr. bez., Mai-Juni 56⅜—½—¼ Thlr. bez. — Rüböl loco 23½ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19 Thlr. bis 19 Thlr. 2 Sgr. bez., pro December 18 Thlr. 26—28—24 Sgr. bez., December-Januar 18 Thlr. 23—19 Sgr. bez., Januar-Februar — Thlr. — Sgr. bez., Februar-März — Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 28—25 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 29—27 Sgr. bez.

Breslau, 4. Decbr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr schleppend bei mäßigen Zufuhren, Preise unverändert.

Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7—9⅛ Thlr., gelber 7—8⅔ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen hohe Forderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. 5⅚ bis 6⅛ Thlr., feinste Sorte 6¼ Thlr. bezahlt.

Gerste ruhiger, pr. 100 Kilogr. 5 5/12—5½ Thlr., weiße 5¼—5⅓ Thlr.

Hafer fester, pr. 100 Kilogr. 4⅙ bis 4 5/12 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. 4½—5½ Thlr.

Wicken höher, pr. 100 Kilogr. 4 5/12—4¼ Thlr.

Lupinen offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3 5/12—3⅓ Thlr., blaue 3 bis 3¼ Thlr.

Bohnen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. schlesische 6—6¼ Thlr.

Mais angeboten, pr. 100 Kilogr. 5⅙—5⅔ Thlr.

Oelsaaten fester.

Schlaglein mehr beachtet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.			
Schlag-Leinsaat	8 5 —	8 20 —	9 2 6
Winter-Raps	9 25 —	10 5 —	10 10 —
Winter-Rübsen	9 10 —	9 25 —	10 3 —
Sommer-Rübsen	9 7 —	9 20 —	10 3 —
Leindotter	7 — —	8 — —	8 20 —

Rapskuchen wenig verändert, schlesische 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen mehr beachtet, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat schwacher Umsatz, rothe 14—16½ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee blieb gut gefragt, 8½—10⅙ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¾—4 Sgr.

ff. **Breslau**, 3. December. [Getreide-Transporte.] In der Woche vom 24. bis 30. November d. J. sind in Breslau eingegangen:

Weizen: 1689,51 Ctr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren rc.), 190,84 Ctr. über die Oberschlesische Eisenbahn resp. von deren Seitenlinien, 2301,86 Ctr. über die Posener Bahn resp. Seitenlinien, 671 Ctr. über die Freiburger Bahn, 666,60 Ctr. auf der Rechte-Oder-Ufer-Bahn.

Roggen: 985 Ctr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren rc.), 17307,05 Ctr. über die Posener Bahn resp. Seitenlinien, 2288,46 Ctr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn.

Gerste: 3612,60 Ctr. über die Oberschlesische Eisenbahn, resp. von deren Seitenlinien, 207 Ctr. über die Freiburger Bahn.

Hafer: 115,66 Ctr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren rc.), 406 Ctr. über die Oberschlesische Eisenbahn resp. von deren Seitenlinien.

In derselben Zeit wurden von Breslau versandt:

Weizen: 340 Ctr. nach der Posener Bahn und weiter, 1595 Ctr. nach der Freiburger Bahn, 1201,64 Ctr. nach der Rechte-Oder-Ufer-Bahn.

Roggen: 231,20 Ctr. nach der Oberschlesischen Eisenbahn resp. Nachbarbahnen, 7652 Ctr. nach der Freiburger Bahn, 1210,87 Ctr. nach der Rechte-Oder-Ufer-Bahn.

Gerste 248 Ctr. nach der Freiburger Bahn, 80,57 Ctr. nach der Rechte-Oder-Ufer-Bahn.

Außerdem wurden auf dem Oderthor-Bahnhofe der Rechte-Oder-Ufer-Bahn 1116,90 Ctr. Roggen als Durchgangsgut expedirt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.